



Plenarprotokoll

21. Sitzung

Freitag, 27. Januar 2006

Gemeinsame Beratung

a) **Perspektiven für den Norden
Schleswig-Holsteins - gleichwertige wirtschaftliche und soziale
Entwicklung für alle Landesteile**..... 1415

Antrag der Abgeordneten des
SSW
Drucksache 16/433

b) **Gemeinsame Wirtschafts- und
Verwaltungsregion Schleswig-
Holstein/Hamburg als Chance
für alle Landesteile**..... 1415

Antrag der Fraktionen von CDU
und SPD
Drucksache 16/508

Anke Spoorendonk [SSW]..... 1415, 1426
Johannes Callsen [CDU]..... 1417
Bernd Schröder [SPD]..... 1419
Dr. Heiner Garg [FDP]..... 1421

Karl-Martin Hentschel [BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN]..... 1423
Lothar Hay [SPD]..... 1426
Lars Harms [SSW]..... 1427
Dr. Ralf Stegner, Innenminister..... 1428
Monika Heinold [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 1431

Beschluss: 1. Ablehnung des Antra-
ges Drucksache 16/433
2. Annahme des Antrages
Drucksache 16/508..... 1432

Aktionsplan Kinder und Jugend..... 1432

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/416

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/537

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin
für Soziales, Gesundheit, Fa-
milie, Jugend und Senioren..... 1432

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1433	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/322	
Niclas Herbst [CDU].....	1434, 1441	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 16/434	
Sandra Redmann [SPD].....	1436, 1440	Beschluss: Kenntnismahme des Be- richtes Drucksache 16/322.....	1450
Dr. Heiner Garg [FDP].....	1437	Nachruf auf den ehemaligen Bun- despräsidenten Johannes Rau.....	1450
Lars Harms [SSW].....	1438	„Gemeinsame Servicestellen“ ge- mäß SGB IX.....	1450
Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1440, 1442	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/494	
Holger Astrup [SPD].....	1441	Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Fa- milie, Jugend und Senioren.....	1450
Beschluss: 1. Überweisung des An- trages Drucksache 16/537 an den Sozialausschuss und an alle weite- ren Ausschüsse		Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1451
2. Überweisung des Be- richtes der Landesregierung Drucksache 16/416 an den Sozial- ausschuss und an alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung.....	1442	Heike Franzen [CDU].....	1452
Bericht über die trilaterale Wat- tenmeerzusammenarbeit.....	1442	Wolfgang Baasch [SPD].....	1453
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/418		Dr. Heiner Garg [FDP].....	1454
Dr. Christian von Boetticher, Mi- nister für Landwirtschaft, Um- welt und ländliche Räume.....	1442	Lars Harms [SSW].....	1455
Lars Harms [SSW].....	1443	Beschluss: Überweisung an den Sozi- alausschuss zur abschließenden Beratung.....	1456
Axel Bernstein [CDU].....	1445		
Detlef Buder [SPD].....	1446	* * * *	
Günther Hildebrand [FDP].....	1447	Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Eu- ropa	
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	1448	Dr. Ralf Stegner, Innenminister	
Beschluss: Überweisung an den Um- welt- und Agrarausschuss und an den Wirtschaftsausschuss zur ab- schließenden Beratung.....	1449	Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	
Schutz vor überhöhten Energieko- sten.....	1449	Rainer Wiegard, Finanzminister	
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/419		Dietrich Austermann, Minister für Wissen- schaft, Wirtschaft und Verkehr	
Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss und an den Sozi- alausschuss zur abschließenden Beratung.....	1450	Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren	
Betriebliche Ausbildung in Schles- wig-Holstein stärken - Prioritäten setzen.....	1450	* * * *	

Beginn: 10:01 Uhr

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie recht herzlich.

Erkrankt ist Frau Abgeordnete Ulrike Rodust, der ich von hier aus gute Besserung wünsche.

(Beifall)

Beurlaubt ist Frau Abgeordnete Susanne Herold. Wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene sind Herr Ministerpräsident Carstensen und Frau Ministerin Erdsiek-Rave entschuldigt.

Auf der Besuchertribüne darf ich die Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen am Ravensberg, Kiel, begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Nun möchte ich geschäftsleitende Bemerkungen machen. - Wir haben uns auf folgenden Ablauf geeinigt: Nach der Behandlung der Tagesordnungspunkte 6 und 17 rufe ich die Tagesordnungspunkte 30, 31 und 34 auf. Ohne Aussprache werden im Landtag die Tagesordnungspunkte 32 und 25 behandelt. Die Behandlung des Tagesordnungspunkts 36 haben wir bereits vertagt.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe die Tagesordnungspunkte 6 und 17:

Gemeinsame Beratung

a) Perspektiven für den Norden Schleswig-Holsteins - gleichwertige wirtschaftliche und soziale Entwicklung für alle Landesteile

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/433

b) Gemeinsame Wirtschafts- und Verwaltungsregion Schleswig-Holstein/Hamburg als Chance für alle Landesteile

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/508

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich schlage Ihnen vor, gemäß § 62 der Geschäftsordnung mit dem älteren Antragsteller anzufangen. Daher erteile ich der Vorsitzenden des SSW im Landtag, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt bin ich auf den weiteren Ablauf der Debatte gespannt. Ich stehe zu meinem Alter und möchte gern beginnen.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein weist ein starkes wirtschaftliches Nord-Süd-Gefälle auf. Das ist keine neue Erkenntnis, sondern eine seit Jahrzehnten bestehende Tatsache. So werden in den vier an Hamburg grenzenden Kreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Lauenburg nach Angaben der HSH Nordbank fast ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Leistungen Schleswig-Holsteins erbracht.

Demgegenüber haben der strukturschwache Norden und die Westküste mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Die Erwerbslosenquote in der Stadt Flensburg liegt beispielsweise aktuell bei 16,9 %, in Stormarn jedoch nur bei 7 %.

Der SSW hat den Antrag „Perspektiven für den Norden Schleswig-Holsteins“ nicht nur auf die Tagesordnung des Schleswig-Holsteinische Landtages gesetzt, weil wir seit Jahren beobachten, wie die Entwicklung zwischen dem Norden und dem Süden des Landes immer weiter auseinander klafft. Der konkrete Auslöser für diesen Antrag war vielmehr der von der Landesregierung am 28. November 2005 vorgelegte Bericht „Schleswig-Holstein - ein starker Partner im Norden“, in dem die zukünftige Standortpolitik des Landes dargelegt wird.

Der Inhalt dieses Berichtes rief uns auf den Plan, weil die Landesregierung dort von der vereinfachten Vorstellung ausgeht, dass eine schlichte Erweiterung des Konzeptes für die Metropolregion Hamburg und die Vereinheitlichung der EU-Förderung schon dem ganzen Land helfe. Eine erfolgreiche **Standortpolitik für Schleswig-Holstein** muss aber auf mehreren Beinen stehen, um allen Regionen im Land gerecht zu werden.

(Beifall beim SSW)

Insbesondere hat uns die Ankündigung beunruhigt, dass die Regionalförderung des Landes nach 2007 nicht mehr auf die strukturschwachen Regionen begrenzt sein solle, sondern nach dem Motto: „Wenn es dem Hamburger Rand gut geht, profitiert davon das ganze Land“, auf das ganze Land ausgedehnt werde.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

(Anke Spoorendonk)

Der **Norden des Landes** hat aber andere Interessen und auch andere Chancen, lieber Kollege Ritzek, und diese liegen vor allem im Bereich der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**.

Um auch dem Landesteil Schleswig eine Perspektive zu eröffnen, muss die Zusammenarbeit mit Dänemark konsequenter und kompetenter als bisher umgesetzt werden. Für den Norden Schleswig-Holsteins ist diese Kooperation die entscheidende strategische Perspektive, um Wachstum und neue Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. Der SSW fordert deshalb, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark in Zukunft den gleichen Stellenwert bekommt wie die Zusammenarbeit mit Hamburg. Ein Vertrag zwischen Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark mit konkreten Zielen und Vorgaben wäre da hilfreich.

Der SSW hat den Besuch von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen in Dänemark und den positiven Empfang seitens des Königshauses und der dänischen Regierung mit besonderem Interesse verfolgt. Für uns spiegelt dieses Treffen auf höchster Ebene die gewachsenen geschichtlichen und geographischen Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark wider. Dabei begrüßt der SSW neben den Aussagen zur Minderheitenpolitik insbesondere die Ankündigungen des Ministerpräsidenten zu den Verbesserungen bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Ländern.

(Lothar Hay [SPD]: Die Bedeutung der Grenzverbände!)

Damit setzt die Landesregierung endlich auch Forderungen und strukturpolitische Bedenken des SSW auf die politische Tagesordnung.

Wir hoffen somit, dass unser Drängen auf eine gleichwertige wirtschaftliche und soziale Entwicklung für alle Landesteile jetzt in Kiel erhört wird. Denn bislang hat sich diese Landesregierung bei der Förderung des nördlichen Landesteils nicht besonders hervorgetan. Im Gegenteil: Ich brauche nur die Stichworte Science Center in Kiel und Flensburg oder den Ausbau des Husumer Hafens zu nennen, um zu verdeutlichen, wo einige der Konfliktlinien zwischen der Landesregierung und dem SSW gelegen haben. Deshalb ist es umso erfreulicher, dass der Ministerpräsident von seinem Kopenhagen-Besuch voller Tatendrang zurückgekehrt ist. - Sie hören: Ich möchte ihn auch gern loben.

(Beifall beim SSW)

Dabei sehen wir die Einrichtung eines so genannten **Grenzlandfonds** im Rahmen des Schleswig-Hol-

stein-Fonds als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Denn wir kritisieren bereits seit Jahren, dass die Mittel im Regionalprogramm nicht mehr wie früher auf die einzelnen strukturschwachen Regionen aufgeteilt waren. Wenn die Landesregierung schon ab 2006 einige Millionen für Arbeits- und Wirtschaftsjahrprojekte im Grenzland aus dem Schleswig-Holstein-Fonds reserviert, kommt sie unseren Forderungen entgegen.

Auch die Einrichtung von besonderen **Beratungszentren für Grenzpendler** bei den Finanzbehörden in Flensburg und Tøndern ist eine gute Nachricht für das Grenzland, da somit einige der Informationshemmnisse in der deutsch-dänischen Zusammenarbeit abgebaut werden können. Dabei muss man darauf achten, dass diese Angebote eng mit den bestehenden Informationszentren der Region Schleswig-Sønderjylland in Pattburg verzahnt werden.

Weitere konkrete Ergebnisse für die Menschen im Grenzland erhoffen wir uns von der vom ehemaligen Bundeskanzler Schröder und Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen eingesetzten Arbeitsgruppe, die am 2. Februar 2006 in Apenrade unter dem Vorsitz von Staatssekretär Franz Tönnies und Folketingsmitglied Kim Andersen ihre Vorschläge präsentieren wird.

Dennoch muss ich darauf hinweisen, dass der in Kopenhagen diskutierte Bau der Fehmarnbelt-Brücke im Grenzland weiterhin kaum auf große Freude stößt. Es bleibt unsere Forderung, dass die **Fehmarnbelt-Brücke** erst gebaut werden darf, wenn die verkehrspolitischen Hausaufgaben für den nördlichen Landesteil erledigt worden sind. Dazu gehört zum Beispiel, dass wir endlich die westliche Elbquerung mit Anbindung an die Westküste in Angriff nehmen und dass die Schienenengpässe bei den Hochbrücken Rendsburg und Hochdonn beseitigt werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Der Norden Schleswig-Holsteins braucht optimale Verkehrsanbindungen, bevor die Fehmarnbelt-Brücke kommt.

(Beifall)

Trotz der positiven Signale der Landesregierung bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bleibt der SSW bei der forcierten Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg skeptisch. Wir haben weiterhin die Befürchtung, dass dem Nordstaat nicht zuletzt durch das neue Standortkonzept der Landesregierung durch die kalte Küche der Weg geebnet wird. Das lehnen wir ab. Damit die

(Anke Spoorendonk)

Wirtschaftspolitik nicht dauerhaft zulasten des Nordens geht, muss die Landesregierung die Fusionspläne endlich begraben.

In den letzten Monaten haben sich die Stimmen vermehrt, die einen **Nordstaat** fordern. Vor allem prominente Vertreter der CDU wie Landtagspräsident Kayenburg und Wirtschaftsminister Austermann wollen den Zusammenschluss mit Hamburg.

(Zurufe)

- Wenn protestiert wird, dann nehme ich meine Bemerkung zurück. Der Regierende Bürgermeister von Hamburg will ihn sogar möglichst schnell und auch unser Kieler Regierungschef hat schon Ähnliches verlauten lassen. Nach der Landtagwahl überraschte Peter Harry Carstensen mit der Aussage, dass er sich vorstellen könne, der letzte Ministerpräsident von Schleswig-Holstein zu sein. Letzte Woche hat Herr Carstensen nun aber wieder deutlich gemacht, dass er keinen Nordstaat will. Ich frage also: Was soll man jetzt glauben? Unser Kurs ist da klarer. Der SSW lehnt die Gründung eines Nordstaates ab.

(Beifall beim SSW)

Wir sagen Ja zu einer starken Zusammenarbeit der norddeutschen Länder bei konkreten Verwaltungsaufgaben. Ich lege dabei Wert auf das Wort konkret. Wir sagen aber Nein zu einer Fusion der Bundesländer, weil diese verheerende wirtschaftspolitische Konsequenzen für den Norden hätte. Als Juniorpartner in einem solchen Gebilde hätte Schleswig-Holstein eine schwächere Ausgangsposition und könnte im nördlichen Landesteil noch weniger regionale Interessen berücksichtigen. Befürworter des Nordstaates argumentieren vor allem damit, dass Schleswig-Holstein angeblich zu klein sei, um seine Aufgaben als Bundesland ordentlich erledigen zu können. Sie glauben, dass ein größeres Land eine modernere und schlankere Verwaltung haben könne. Wenn aber die Größe von Estland ausreicht, um EU-Mitglied und Vorzeigeland in Sachen Bürokratieabbau und schlankem Staat zu werden, dann frage ich: Weshalb sollte Schleswig-Holstein zu klein sein, um als Bundesland zu funktionieren?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Luxemburg ist noch kleiner!)

Auch das Argument, dass dadurch finanzpolitische Probleme behoben werden können, ist mehr als fraglich. Der SSW hat es schon vor meiner Zeit im Landtag gesagt: Zwei Nackte können wirklich kein Textilgeschäft eröffnen. Ich weiß, das ist keine neue Bemerkung, trotzdem ist sie schön. Daher habe ich sie noch einmal wiederholt. Das, was sich

noch einsparen lässt, können wir auch durch eine arbeitsteilige Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und den Landesbehörden erreichen. Dabei möchte ich jedoch hinzufügen, dass das eine Gratwanderung ist, wenn wir uns die Fusion von Gerichten vor Augen führen.

Es gibt weitere Argumente gegen eine norddeutsche Fusion: Aus demokratischer Sicht ginge in einem Nordstaat die Bürgernähe verloren, die unsere Landespolitik immer noch von der Bundespolitik unterscheidet. Es ist eigentlich ein Witz: Einerseits wird dem SSW von den großen Parteien vorgeworfen, dass wir die Identität der kleinen Ortschaften zerstören, wenn wir Kommunen mit mindestens 8.000 Einwohnern fordern. Andererseits wollen Politiker aus denselben Parteien Schleswig-Holstein in ein norddeutsches Megabundesland eingliedern.

(Holger Astrup [SPD]: Frau Kollegin, das sind aber andere!)

Ein noch größerer Witz ist es, dass ausgerechnet konservative Schleswig-Holsteiner die Grenzen unseres Landes infrage stellen, wo sie doch immer so viel Wert auf die Einheit Schleswig-Holsteins gelegt haben. Dass gerade der SSW für den Erhalt Schleswig-Holsteins kämpfen muss, ist fast eine Ironie der Geschichte. Wir erwarten daher, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag klar und deutlich gegen die Bildung eines Nordstaates ausspricht und nicht weiter zulässt, dass sich die Landesregierung diesem Ziel immer weiter durch die Hintertür nähert.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Frau Abgeordneter Spoorendonk.

(Unruhe)

- Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe. Heute Mittag ist Schluss.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich die Soldaten des Marinefliegergeschwaders 2 Eggebek. - Seien auch Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Der Reihenfolge der Anträge folgend geht es jetzt weiter. Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man hätte fast damit rechnen können und es überrascht nicht, dass die Abgeordneten des SSW sich bei die-

(Johannes Callsen)

sem Thema für den Landesteil Schleswig zu Wort melden. Das ist auch legitim. Wir alle sind aber als gewählte Volksvertreter für die positive Entwicklung des ganzen Landes verantwortlich. Das bedeutet, dass wir die Stärken unseres Landes als Wirtschaftsregion sehen und unterstützen, ohne dabei die notwendige Strukturförderung wirtschaftlich schwächerer Regionen aus dem Auge zu verlieren. Diese Maxime wird in dem vorliegenden Bericht der Landesregierung auch unterstrichen.

Die Erweiterung der Europäischen Union und die damit verbundene **Veränderung der Rahmenbedingungen für regionale Strukturpolitik**, die auf der vielfach begrüßten Lissabon-Strategie beruht, hat so auch - ob wir wollen oder nicht - Konsequenzen für unser Land. Die Frage der Gebietskulisse bei der EU-Förderung wird letztlich in Brüssel entschieden und nicht in Kiel. Für Schleswig-Holstein bedeutet dies in der Konsequenz, die Nähe des Landes zu Hamburg als Standortvorteil im europäischen Wettbewerb zu nutzen und die vielfältigen wirtschaftlichen Beziehungen partnerschaftlich weiter auszubauen.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Von einem Nordstaat ist an dieser Stelle ausdrücklich nicht die Rede, sondern von einem **Nordverbund**, mit dem beide Länder erhebliche Entwicklungschancen nutzen wollen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Liebe Kollegen vom SSW, diese Ausrichtung auf einen starken Partner Hamburg in ihrer Pressemitteilung als pathologisch - also krankhaft - zu bezeichnen, halte ich an dieser Stelle doch für ein wenig unpassend.

(Beifall bei CDU und SPD)

Dies gilt umso mehr, als auch die Wirtschaft im Landesteil Schleswig eine engere **Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg** ausdrücklich für notwendig hält. Auch im **Norden** sind zahlreiche Betriebe und Branchen auf einen prosperierenden Wirtschaftsraum Hamburg angewiesen, um in der Grenzregion Arbeitsplätze anbieten zu können. Import und Export aus der Region Flensburg laufen nahezu ausschließlich über Hamburg. Denken Sie bitte an dieser Stelle nur an die Expeditionen in Flensburg und Umgebung, die in engster Weise mit der Hamburger Hafen- und Verkehrslogistik verbunden sind. Gleiches gilt für große produzierende Unternehmen in der Fördestadt.

Die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** ist ausgesprochen wichtig. Sie allein reicht aber nicht für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung des Nordens. Auch der Landesteil Schleswig darf die Anbindung an das Kraftzentrum Hamburg nicht verlieren.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

So ist es nur konsequent, die Wachstumsimpulse der Metropolregion Hamburg möglichst weit nach Schleswig-Holstein zu lenken und so auch im Norden des Landes die regionalen Kräfte an dieser Entwicklungsdynamik teilhaben zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Die aufgezeigte Bildung von drei **Entwicklungsachsen** entlang der nach Norden führenden Autobahnen ist dabei eine wichtige Voraussetzung. Mit dem Ausbau der Verkehrswege, insbesondere der A 7 und der B 5, wollen wir in der Infrastruktur eine wesentliche Voraussetzung für eine bessere Anbindung des Nordens schaffen. Maßgeblich für die Anbindung des Landesteils Schleswig an die Märkte im Süden ist nicht zuletzt die westliche Elbquerung, deren zügige Realisierung jetzt mit Hochdruck betrieben wird.

Der Bericht der Landesregierung unterstreicht neben der Kooperation mit Hamburg selbstverständlich auch eine **ausgleichsorientierte Förderpolitik** für die eher strukturschwachen Räume, und zwar mit dem Ziel, deren spezifische Stärken zu fördern.

(Beifall bei der CDU)

Manches gerät allzu schnell in Vergessenheit. Deshalb will ich gern noch einige Stichworte aufzählen, bei denen die Landesregierung durchaus eine aktive Rolle in der Strukturpolitik im Landesteil Schleswig einnimmt. So stehen die wichtigen Konversionsprojekte in Schleswig, Eggebek und Kappeln-Olpenitz ganz oben auf der Agenda. Auch die Landesgartenschau in Schleswig wird mit erheblicher finanzieller Unterstützung des Landes für die gesamte Schlei-Region neue Impulse bringen.

(Beifall bei CDU und SPD)

In Nordfriesland gibt es neben dem Ausbau des Huser Hafens die Zusage für eine weitere Förderung der Infrastruktur. Schließlich profitiert Flensburg durch die Phänomenta von der Attraktivitätssteigerung durch Landesförderung. Dies sind nur einige Beispiele.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

(Johannes Callsen)

- Frau Spoorendonk, freuen Sie sich doch über das Ergebnis, das dabei für Flensburg herausgekommen ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, unsere Absicht, die **Ostseekooperation** zu einer stärker gestaltenden Regionalpolitik zu entwickeln, beinhaltet gleichzeitig das Ziel, die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark** zu intensivieren. Ministerpräsident Carstensen hat bei seinem Kopenhagen-Besuch in der vergangenen Woche gerade zu diesem Aspekt des SSW-Antrages entscheidende neue und bedeutende Akzente gesetzt

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

und deutlich gemacht, dass die Landesregierung die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erheblich verstärken will. Diesen Weg unterstützen wir ausdrücklich, weil darin eine Reihe von Perspektiven für den Norden liegen.

(Beifall bei der SPD)

So kann die angekündigte Intensivierung der Grenzpendler-Beratung mit der Einrichtung von Beratungsstellen in Flensburg und Tøndern zu positiven Impulsen für die Arbeitsmärkte nördlich und südlich der Grenze führen und den Landesteil Schleswig stärken.

Schließlich hat Ministerpräsident Carstensen zum Abschluss seiner Kopenhagen-Reise bekräftigt, noch in diesem Jahr mehrere konkrete Leuchtturm-Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Gerade die Ergebnisse der Gespräche in Kopenhagen sollten ein deutliches Signal dafür sein, welchen hohen Stellenwert der Landesteil Schleswig in unserer Politik hat.

Meine Damen und Herren, wirksame Strukturpolitik ist allerdings nur möglich, wenn der **Landesteil Schleswig** auch weiterhin in der Gebietskulisse für die EU-Förderung und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ verbleibt. Wir haben in der letzten Tagung ausführlich über dieses Thema diskutiert. Es ist wichtig, dass sich alle Beteiligten dafür einsetzen, dass diese Region weiter **Fördergebiet** in der EU-Förderung und der GA-Förderung bleibt und eine möglichst hohe Fördersumme insgesamt nach Schleswig-Holstein kommt. Dieses Ziel haben wir in unserem Antrag bekräftigt, weil dies die Kernvoraussetzung für eine wirksame Strukturpolitik ist.

Wir werden die Landesregierung dabei unterstützen, die spezifischen Stärken der strukturschwächeren Regionen gezielt zu unterstützen und zu fördern. Der Landesteil Schleswig hat strukturelle Schwächen. Das ist richtig; Diese müssen wir gemeinsam weiter abbauen. Ich sage aber - und das auch aus Überzeugung -: Wir haben im Norden überhaupt keinen Grund, uns selbst klein zu reden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir sollten ebenso selbstbewusst auf unsere Stärken hinweisen und diese nutzen. Gerade der Norden Schleswig-Holsteins verfügt trotz aller strukturellen Defizite mit den Bereichen Tourismus, Telekommunikation, Ernährungswirtschaft, erneuerbare Energien und Kultur über Stärken, die es sowohl von den Akteuren vor Ort wie auch auf Landesebene zu nutzen gilt, um damit in der Region im Norden neues Wachstum und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Callsen. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Bernd Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei allem Respekt vor den beiden SSW-Abgeordneten hier im hohen Hause, der Antrag des SSW „Perspektiven für den Norden Schleswig-Holsteins“ hat mich dennoch etwas erstaunt. Hier wird der Landesregierung unterstellt, **Standortpolitik** nur für die Metropolregion Hamburg zu betreiben, den Norden unseres Landes mit seinen strukturschwachen Regionen dagegen zu vernachlässigen.

(Zurufe vom SSW)

Es werde eine intensive Zusammenarbeit mit Hamburg angestrebt, der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark werde aber nicht der gleiche Stellenwert eingeräumt. Das ist genau der Inhalt Ihres Antrages. Nicht nur die Landesregierung, auch wir haben die Verantwortung für das ganze Land. Dessen sind wir uns bewusst und danach richten wir unser Handeln.

(Beifall bei der SPD)

Fakt ist, dass die Hälfte unserer Einwohner und Fläche einem europäischen Wirtschaftsraum, nämlich der Metropolregion Hamburg, zugeordnet ist, die andere Hälfte im Norden, in dem die Landeshaupt-

(Bernd Schröder)

stadt und alle anderen Oberzentren liegen, indes nicht von dem Lagevorteil profitieren kann.

Der an Hamburg angrenzende Bereich ist unbestritten der stärkste Wirtschaftsraum unseres Landes. Als Bestandteil der Metropolregion Hamburg steht er im internationalen Wettbewerb der Großregionen. Um hier bestehen zu können, muss die norddeutsche Zusammenarbeit effektiver gestaltet und die Metropolregion schlagkräftig aufgestellt werden. Eine stärkere Zusammenarbeit mit Hamburg und den Mitgliedskreisen in Niedersachsen zum Beispiel bei der Wirtschaftsförderung, beim Regionalmarketing und der Tourismuspolitik ist unabdingbar, denn nur gemeinsam können wir erfolgreich sein.

Ich begrüße es sehr, dass vor kurzem ein **Verwaltungsabkommen** über die **Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg** unterzeichnet wurde und ab 1. Januar 2006 eine gemeinsame Geschäftsstelle ihre Arbeit aufgenommen hat. Wir sollten uns alle darüber freuen, dass mit der Aufnahme des gesamten Kreises Dithmarschen statt zuvor nur des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel die Metropolregion Hamburg erweitert wurde.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Mit der Stärkung der Metropolregion muss aber auch eine erhebliche Verbesserung der Standortbedingungen im Norden unseres Landes einhergehen. Wirtschaftliches Wachstum im Hamburg-Randraum muss so weit wie möglich nach Norden, „überschwappen“. Der Norden soll nicht von der Wachstumslokomotive abgehängt, im Gegenteil, er soll durchaus angehängt werden. Hier sind alle gefordert, auch die Landräte, die Bürgermeister und die Unternehmer im Land. Der Wachstumsraum Schleswig-Holstein und Hamburg hat erhebliche Entwicklungschancen und ist bundesweit Vorbild für länderübergreifende Zusammenarbeit.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bieten beste Voraussetzungen zur Realisierung des angestrebten Nordverbundes: So verfügt die gemeinsame Region über die leistungsfähigste Hafen- und Logistikstruktur im Norden - Hamburg, Lübeck, Kiel, Brunsbüttel - in Verbindung mit einer breit gefächerten maritimen Wirtschaft vor allem in Hamburg und Kiel. Sie besitzt einen schon hoch entwickelten Branchen- und Technologiecluster Medizin und Biomedizin, konzentriert im Dreieck Lübeck - Hamburg - Kiel. Auch die Schwerpunktbereiche Luftfahrt und Medien-/IT-Wirtschaft reichen weit über Hamburg hinaus in die Räume Lübeck und Kiel, nach Itzehoe - Mikroelektronik - oder Flensburg - mobile Telekommunikation. Im

Tourismus bestehen hervorragende Potenziale durch einzigartige Kombinationen von attraktiven Städten, schönsten Stränden und Landschaften, Gesundheits- und Wellness-Angeboten sowie kulturellen Highlights.

Zur Verknüpfung der **Metropolregion** mit den **nördlichen Landesteilen** müssen Letztere ihre Potenziale und Stärken definieren und auf Kooperation ausrichten. Eine besondere Aufgabe kommt dabei unseren Oberzentren zu, die alle außerhalb der Metropolregion liegen. Kiel, Lübeck, Neumünster und Flensburg sind aufgerufen, ihre Interessen in Kooperationsprojekte einzubringen und flexible Entwicklungsstrategien sowohl mit der Metropolregion als auch jeweils Richtung Norden zu erarbeiten.

Im Rahmen der **Landesraumordnungsplanung** ist die Einführung weit reichender Entwicklungsachsen an den Autobahnen A 1, A 7 und A 23 zu prüfen. Die A 20 als künftige Ost-West-Verbindung dieser Nord-Süd-Achsen wird weitere Entwicklungsperspektiven für Schleswig-Holstein mit sich bringen.

Zum Stichwort Norden: Selbstverständlich wird auch die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** mit Dänemark ausgebaut und intensiviert werden. Der Ministerpräsident hatte erst vor wenigen Tagen ein Gespräch mit dem dänischen Regierungschef Rasmussen in Kopenhagen. Dabei wurde vereinbart, zur Belebung des Arbeitsmarktes beiderseits der Grenze und zur Erleichterung für Pendler so genannte Service-Center in Tøndern und in Flensburg einzurichten. Es sollen mehrere Leuchtturm-Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf den Weg gebracht und die Vernetzung der Øresund-Region Kopenhagen/Malmö mit der Metropolregion Hamburg über eine feste Fehmarnbelt-Querung vorangetrieben werden.

Dänemark nimmt als unmittelbarer Nachbar Schleswig-Holsteins trotz seiner überschaubaren Marktgröße beziehungsweise Wirtschaftskraft einen herausragenden Platz im Außenhandel ein. Im Jahr 2004 exportierte Schleswig-Holstein Waren im Werte von rund 882 Millionen € dorthin gegenüber 770 Millionen € in 2003. Dänemark liegt damit auf Platz vier der wichtigsten Exportaufnahmeländer Schleswig-Holsteins hinter Großbritannien, Italien, Frankreich und noch vor den Niederlanden. Beim Import nach Schleswig-Holstein nimmt Dänemark nach wie vor unangefochten Platz eins mit rund 2,1 Milliarden € im Jahr 2004 ein. Dänemark liegt damit sogar vor bedeutenden EU-Handelspartnern wie Großbritannien, den Niederlanden und Schweden.

(Bernd Schröder)

Die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und die Osterweiterung der EU mit ihren Folgen für die Wirtschaftskraft und den Arbeitsmarkt erfordern ein kooperatives Handeln der wirtschafts- und strukturpolitischen Akteure in der deutsch-dänischen Grenzregion. Ziele einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Sønderjylland sind die Erschließung, Nutzung und Bündelung eigener Potenziale, die Ansiedlung von Unternehmen, die Stärkung des Wissenschaftstransfers und damit die Schaffung und der Erhalt qualifizierter Arbeitsplätze. Die **deutsch-dänische Grenzregion** muss als gemeinsamer, attraktiver **Wirtschaftsstandort** erkennbar sein.

Auf der Grundlage der vorhandenen Analysen und Strategiepapiere müssen nunmehr Leitprojekte für die Region zügig umgesetzt werden. Mit den verschiedenen Studien liegt Material vor, das auf Potenziale der Region verweist.

Das Wirtschaftsministerium - das begrüßen wir sicherlich alle - veranstaltet am 13. Februar 2006 gemeinsam mit der IHK zu Flensburg einen **deutsch-dänischen Cluster-Workshop**. Ziel der Veranstaltung ist es, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken. Dort sollen Aktivitäten und Ziele in relevanten Schwerpunktbereichen dargestellt und Handlungsempfehlungen vorbereitet werden. Ich gehe davon aus, dass viele aus diesem Hause diesem Aufruf folgen werden.

Abschließend noch einige Worte zur Neuregelung der **Regionalförderung**. Ab 2007 lässt die EU die landesweite Strukturfondsförderung zu. Wir wollen möglichst viele Projekte mit Arbeitsplatzeffekten fördern. Dabei ist allerdings sicherzustellen, dass zukünftig der größte Teil der EU-Fördermittel nicht - da gebe ich dem SSW durchaus Recht - in die Hamburger Randkreise fließt,

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

sondern insbesondere in die strukturschwachen Landesteile, damit dort weitere Aktivitäten mit den hier eben geschilderten Arbeitsplatzeffekten entstehen.

Schließlich gibt es weiterhin die Fördermittel der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**, die auch zukünftig nur die strukturschwächsten Regionen des Landes betreffen sollen, sodass auch durch dieses Förderinstrument eine Bevorzugung des wirtschaftlich schwächeren Nordens erreicht wird. Ich glaube, wir sind alle aufgerufen, die Politik, wie wir sie gerade für die strukturschwächeren Bereiche in den vergangenen Jahren schwerpunktmäßig durchgesetzt

haben, fortzuführen. Wir sind alle gemeinsam aufgerufen, für das gesamte Land zu arbeiten und nach Möglichkeit für die Menschen gleiche Lebensbedingungen herzustellen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Schröder. - Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Kollegin Spoorendonk, Sie haben das starke wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle Schleswig-Holsteins angesprochen. Sie haben die Arbeitsmarktdaten angeführt. Sie haben die Wirtschaftskraft der **nördlichen Landesteile** mit der der südlichen Landesteile verglichen. Sie haben andere ökonomische Rahmendaten genannt. Es wurde die Verkehrsinfrastruktur angesprochen. Ich glaube, all das, was Sie dazu gesagt haben, ist hier völlig unstrittig.

Sie haben im Hinblick auf die so genannte **Nordstaatdebatte** vor einem Megabundesland gewarnt. Ich finde, ein Bundesland mit etwas mehr als 4,5 Millionen Einwohnern als Megabundesland zu bezeichnen, wäre ein bisschen verwegen. Außerdem möchte ich Ihnen, jedenfalls aus meiner Wahrnehmung, die Furcht davor nehmen. Am lautesten, liebe Kollegin Spoorendonk, ruft derzeit Herr Driftmann nach einem Nordstaat. Da kann ich nur sagen: Er soll gerne weiter danach rufen; denn darüber wird kein Funktionär entscheiden. Wenn es dazu kommen sollte, dann entscheiden darüber die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein und in Hamburg und nicht Herr Driftmann.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich möchte zu Ihrem Antrag vorweg Folgendes sagen: Ich glaube, Schleswig-Holsteins Wirtschaftskraft insgesamt muss gestärkt werden. Das Land muss insgesamt wieder an Dynamik gewinnen; denn je stärker Schleswig-Holstein insgesamt ist, desto eher profitiert davon auch der Norden. Ich fände es gefährlich und auch falsch, wenn wir auf der Ebene diskutieren würden, dass wir die **Zusammenarbeit** mit **Hamburg** und mit **Dänemark** gegeneinander ausspielen. Ich glaube, das eignet sich nicht dazu. Beides ist wichtig für Schleswig-Holstein. Man muss der Ehrlichkeit halber dazu sagen: Beides ja, aber mit unterschiedlichen Akzenten.

(Dr. Heiner Garg)

Liebe Kolleginnen und Kollegen vom SSW, Sie treten in Ihrem Antrag für einen andere Standortpolitik in Schleswig-Holstein ein. Das liegt in Ihrer Natur. Sie stellen das ja auch bei fast jeder wirtschaftspolitischen Debatte, die wir führen, in den Vordergrund. Ich halte das für legitim. Aber es muss nicht immer und an jeder Stelle sinnvoll sein. Ich finde es jedoch nicht schlimm; denn es ist schließlich das Wesen der Demokratie, dass unterschiedliche Interessen offen vertreten werden. Die Debatten, wie wir sie heute zum Beispiel wieder führen, sind der beste Weg, um eine praktikable Lösung zu finden.

CDU und SPD sind mit der **Standortpolitik** der von ihnen getragenen Regierung zufrieden. Das ist nicht weiter verwunderlich. Die Koalitionsfraktionen bitten die Landesregierung, dafür einzutreten, dass Schleswig-Holstein in der Regionalförderung nicht benachteiligt wird. Ich denke, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass eine Landesregierung so handelt.

Wir meinen, beides, die regionale Zuweisung von Fördermitteln und der Einsatz des Landes bei der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**, sollte sich danach richten, wo zusätzlicher Einsatz den größten Erfolg verspricht, und zwar den größten Erfolg für ganz Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der FDP)

Bei den Fördermitteln ist das in der Theorie relativ einfach. Es muss jeweils geschätzt werden, wo zusätzlich eingesetzte Mittel, bezogen auf den Förderzweck, am meisten bewirken. Dazu muss bekannt sein, wie und wie gut die Mittel den Zweck fördern. Dieses Wissen kann man durch systematische Kontrollen gewinnen. Genau deswegen begrüßen wir das Fördercontrolling und deswegen haben wir im Finanzausschuss beantragt, die Landesregierung möge dieses Controlling detailliert vorstellen.

Selbstverständlich werden die so gewonnenen Erkenntnisse - das wissen wir, glaube ich, auch - nie allein die politischen Entscheidungen über regionale Subventionen bestimmen. Aber deshalb auf diese Erkenntnisse zu verzichten, wäre fahrlässig.

Die Wirkungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind sehr viel schwieriger zu messen. Ein wichtiges Kriterium ist der Aufwand der Zusammenarbeit. Er ist bei zwei Gebietskörperschaften des gleichen Rechtsraumes mit der gleichen Sprache naturgemäß niedriger als bei Gebietskörperschaften unterschiedlicher Rechtsräume mit unterschiedlichen Sprachen. Deshalb - das sage ich ganz wertfrei - ist unsere Zusammenarbeit mit Dänemark

naturgemäß aufwendiger als die Zusammenarbeit mit Hamburg.

Kollegin Spoorendonk, dass der SSW als Vertreter der Interessen der **dänischen Minderheit** grundsätzlich dazu neigt, zu wenig Zusammenarbeit mit Dänemark zu erkennen, liegt in der Natur. Aber ich finde, in dem Punkt haben Sie nicht Recht, sondern Sie sollten sich eher vorsehen. Ich meine nämlich nicht, dass die Landesregierung zu wenig mit Dänemark zusammenarbeitet. Ich glaube eher, seit letzter Woche muss sich der SSW davor fürchten, dass der Ministerpräsident ihm in Sachen Dänemark den Rang ablauft.

(Beifall bei FDP, CDU und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich glaube nicht - ich habe das eingangs gesagt -, dass wir die Zusammenarbeit mit Dänemark auf der einen und die Zusammenarbeit mit Hamburg auf der anderen Seite gegeneinander ausspielen sollten. Ich glaube, beides ist wichtig für dieses Land. Wir dürfen dabei aber nicht vergessen - Herr Kollege Schröder hat es schon erwähnt -, wie viele Menschen in der **Metropolregion** - ich will als Stichworte nur den Hamburger Hafen oder den Flughafen Fuhlsbüttel nennen - davon profitieren und welche Strahlkraft diese Zusammenarbeit letzten Endes für ganz Schleswig-Holstein mit sich bringt. Ich glaube, wenn wir die Wirtschaftskraft ganz Schleswig-Holsteins stärken, dann profitiert davon am ehesten der Norden, nicht hingegen von einer Debatte, welche Zusammenarbeit besser oder gewichtiger ist.

(Beifall bei FDP, CDU und vereinzelt bei der SPD)

Zur **Regionalförderung!** Dass es strukturelle Unterschiede in Schleswig-Holstein gibt, ist nichts Neues. Nicht umsonst behandeln wir im Wirtschaftsausschuss gerade die Anmeldungen zum 35. Rahmenplan der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**. Ebenfalls nichts Neues ist übrigens auch, dass das Geld, das das Land selbst zur Regionalförderung aufbringen kann, hauptsächlich im südlichen Landesteil verdient wird, genauer: im Hamburger Rand. Soweit sich die GA-Berichte zurückverfolgen lassen, sind die strukturschwachen Räume fast die gleichen geblieben. Wir reden von derselben Kulisse wie schon vor 20 oder 30 Jahren. Ihr Abstand zu den strukturstärkeren hat sich kaum verringert. Die Fördergelder haben also ihren eigentlichen Zweck verfehlt: Die strukturschwachen Gebiete haben kaum aufgeholt. Das kann daran liegen, dass mehr nicht zu erreichen war; das will ich gerne zu-

(Dr. Heiner Garg)

geben. Es kann aber genauso gut sein, dass die Förderung die relative Entwicklung der betrachteten Gebiete kaum beeinflusst hat. Die Förderer und die Geförderten neigen zur ersten Interpretation, was auf der Hand liegt. Die Ergebnisse unabhängiger ökonomischer Untersuchungen legen häufiger eher die zweite nahe.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nichtsdestotrotz bleibt die Aufteilung der **Förderkulisse** fast unverändert: ländlicher Raum und Westküste. Einzige Änderung: Förderminister Austermann ist es gelungen, den Wahlkreis des früheren Bundestagsabgeordneten Dietrich Austermann in die Förderkulisse einzuschließen.

Jetzt fordert der SSW, die Landesregierung möge die Regionalförderung nach 2007 nicht auf das ganze Land ausdehnen. Frau Kollegin Spoorendonk, ich glaube, Sie haben etwas falsch verstanden; jedenfalls habe ich den Antrag von Ihnen so gelesen. Nach dem Bericht der Landesregierung zur Stärkung des Standortes Schleswig-Holstein vom 28. November 2005 - Sie haben ihn angesprochen - rechnet die Landesregierung damit, dass ganz Schleswig-Holstein in der **Europäischen Union** zum förderfähigen Gebiet für Mittel aus dem Europäischen Strukturfonds werden könnte. Und jetzt - korrigieren Sie mich, wenn ich da falsch liege - wollen Sie mit Ihrem Antrag erreichen, dass die Landesregierung sich dagegen wehrt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich halte dieses Ansinnen ehrlich gesagt für befremdlich und ich finde es falsch. Im politischen europaweiten Wettstreit um Fördermittel finde ich es irrational, von vornherein freiwillig auf mögliche Förderoptionen zu verzichten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es kommt letztlich auch auf dieses Parlament an, was damit erreicht wird. Das Geld, das wir dann von der Europäischen Union erhalten, sollten wir unserer Auffassung nach genau dort einsetzen, wo es nach unseren Erkenntnissen am meisten bewirkt wird, und zwar egal, wo es in Schleswig-Holstein ist. Hauptsache, es nutzt ganz Schleswig-Holstein. Ich sage es abschließend noch einmal: Wenn wir die **Wirtschaftskraft**, wenn wir die Dynamik für ganz Schleswig-Holstein verbessern und die **Infrastruktur** weiter ausbauen - da gebe ich selbstverständlich allen Vorrednern Recht, die auch die Infrastruktur im nördlichen Landesteil angesprochen haben -, dann nutzt das auch dem Norden

Schleswig-Holsteins. Ich glaube, es nutzt dem nördlichen Landesteil Schleswig-Holsteins mehr als ein Streit darüber, welche Zusammenarbeit möglicherweise in den Hintergrund geraten ist. Ich sage noch einmal, ich habe nicht den Eindruck, dass die Zusammenarbeit mit Dänemark von dieser Landesregierung - jedenfalls bislang - vernachlässigt wurde.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich muss leider in Bezug auf das, was die beiden großen Fraktionen beantragt haben und tendenziell auch von der FDP unterstützt wird, Salz in die Suppe streuen.

(Zuruf der SPD: Oh! - Günther Hildebrand [FDP]: Es kommt darauf an, was es für eine Suppe ist!)

Ich beginne mit einem Zitat von Herrn Driftmann aus seiner Rede auf dem IHK-Empfang:

„Bei der auszubauenden Kooperation mit Hamburg müssen wir großen Wert darauf legen, dass unser Land nicht filetiert wird in einen reichen Süden und in einen armen Norden.“

Denn Hamburgs eigene Perspektive reicht allenfalls bis an die Grenzen der Metropolregion heran.“

Dann geht er weiter:

„Wir brauchen einen mit allen Entscheidungsträgern abgestimmten Masterplan für das Endziel einer Fusion beider Länder. ... Gestalten wir diesen Prozess nicht mit, fallen weite Teile Schleswig-Holsteins in die wirtschaftliche Marginalisierung.“

So weit - Herr Carstensen ist nicht da, schade - Ihr Parteifreund, Berater und Chef der Unternehmensverbände Hamburg und Schleswig-Holstein.

Ich teile die Bedenken von Herrn Driftmann ausdrücklich. Und seinen Vorschlag, einen **Masterplan** zu erstellen, finde ich ausgezeichnet. Ich bedanke mich deshalb bei Anke Spoorendonk, dass

(Karl-Martin Hentschel)

sie dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat. Mit ihren Bedenken, dass der Norden des Landes abgehängt wird, stimmen wir überein, auch wenn wir in der Frage des Nordstaates und der Konsequenzen daraus konträre Ansichten haben.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Meine Damen und Herren, es ist schon ein merkwürdiges Ding. Ministerpräsident Carstensen läuft im Lande herum und redet vom Nordstaat mal so und mal so. Am 2. November 2005 wird er im „Hamburger Abendblatt“ zitiert:

„Ich bin überzeugt, dass er kommt. Wenn man den Nordstaat wirklich will, ist es in zehn bis 15 Jahren zu schaffen.“

Dieses Zitat und auch die unterschiedlichen Äußerungen bei der CDU werfen bei mir die Frage auf: Was will er denn nun eigentlich? Will er den Nordstaat oder wartet er, dass er von alleine kommt?

Nachdem nun - das ist der entscheidende Punkt, über den wir reden müssen - am 1. Dezember letzten Jahres mehrere **Verwaltungsabkommen** mit **Hamburg** und **Niedersachsen** verabschiedet wurden, die letztlich genau das Gegenteil von dem enthalten, ist diese Frage akut geworden. In diesem Abkommen mit Hamburg und Niedersachsen wird in rasanter Weise die Metropolregion ausgebaut, ohne dass das restliche Schleswig-Holstein dabei einbezogen wird. Und die beiden Regierungsparteien im Landtag ignorieren diesen Prozess und legen einen Antrag vor, der zu keiner der aufgeworfenen Fragen und Probleme Stellung bezieht. So einfach darf man sich die Sache nicht machen.

Worum geht es? Die neuen Abkommen stärken einseitig Hamburg und die Metropolregion, ohne den Rest Schleswig-Holsteins dabei einzubeziehen. Dies wird zu einer Schwächung der peripheren Regionen im Landesteil Schleswig und Ostholstein sowie der schleswig-holsteinischen Städte außerhalb der Metropolregion führen. Da hat der SSW Recht.

Die neue Entscheidungsstruktur wird in der Praxis darauf hinauslaufen, dass Hamburg und die **Randkreise** sich gegenseitig absprechen, während das Land Schleswig-Holstein als Sachverwalter der Regionen außerhalb der Metropolregion in allen Gremien nur noch am Katzentisch sitzt.

Durch die Einrichtung der **Geschäftstelle in Hamburg** wird das operative Geschäft, das bisher im Innenministerium des Landes lief, aus der Landesregierung ausgegliedert. In Zukunft wird nur noch an Hamburg und das Umland gedacht. Die Ausweitung der **Aufgaben der Metropolregion** betrifft mittlerweile fast alle Politikbereiche: Wirtschaft,

Innovation, Verkehrspolitik, Elbvertiefung, Häfen, Wissenschaft und Kultur, Verwaltungsreform, Umweltschutz, Abfallpolitik und Ausgleichsflächen, Ausweisung von Naturschutzflächen sowie NATURA 2000 und die Meerespolitik. Damit verbunden ist der qualitative Übergang der Institution Metropolregion von einem ehemaligen Koordinierungsinstrument über die Landesgrenzen hinweg zu einer Einrichtung, die die Politik der Region in Zukunft in wesentlichen Parametern gestaltet.

Hamburg hatte schon immer das Interesse, das wissen wir, die gesamte Unterelbe zu kontrollieren. Dabei geht es insbesondere um die Koordinierung der Elbvertiefung, um die Verhinderung von ungewünschter Konkurrenz in Elbhäfen unterhalb von Hamburg, um die Bereitstellung von Ausgleichsflächen für Hamburger Bauprojekte in Schleswig-Holstein und Niedersachsen und um die Abfallentsorgung. Bisher war Hamburg dabei immer auf Deals mit der Landesregierung in Kiel angewiesen, die das gesamte Land Schleswig-Holstein im Auge haben musste. In Zukunft ist das vorbei. Hamburg muss sich nur noch mit den Randkreisen einigen.

Meine Damen und Herren, in Zukunft soll die Metropolregion international gemeinsam auftreten. Stellen Sie sich das mal vor. Wenn Sie irgendwo in der Welt in eine deutsche Außenhandelskammer gehen, sei das in Hongkong, sei das in Amerika oder wo auch immer, dann werden Sie feststellen, es sind sowieso nur Bayern präsent, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hamburg. Das werden Sie überall feststellen. Die anderen spielen keine Rolle. Was passiert jetzt? In Zukunft soll die gesamte Vermarktung der Metropolregion von Hamburg aus gemacht werden. Was bedeutet das für den Rest Schleswig-Holsteins? Das ganze Marketing, das Schleswig-Holstein jetzt macht, was Minister Austermann zurzeit mit seinen Fernsehspots betreibt, das kann er sich alles in die Tüte kippen. Das ist alles völlig lächerlich, wenn die gesamte Metropolregion mit viereinhalb Millionen Einwohnern gemeinsames internationales Marketing macht. Der Rest Schleswig-Holsteins kommt nicht mehr vor. Wenn Sie irgendwo im Ausland sagen, wir kommen aus Schleswig-Holstein und vertreten die Interessen Schleswig-Holsteins, dann fragen die Leute: Wo ist das? Und was sagen Sie dann? - Wir sind das Umland von Hamburg. Das ist doch das Normale, dann wissen die Leute, wo das ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Die Konsequenz ist meines Erachtens: Wenn wir ein **gemeinsames Marketing** mit Hamburg machen, dann muss das ganz Schleswig-Holstein mit

(Karl-Martin Hentschel)

einbeziehen. Es kann sich nicht nur auf die Metropolregion beziehen, das geht nicht. Sonst passiert Folgendes: Alle Firmen außerhalb, auch die **Bran-chen** außerhalb, ob das das maritime Cluster ist, ob das die Windindustrie ist, ob das der Tourismus ist, sie werden sich im internationalen Marketing automatisch nach Hamburg orientieren, wenn wir so vorgehen. Von daher glaube ich, dass es ein falscher Weg ist, mit der Metropolregion ein Marketing zu machen und der Rest Schleswig-Holsteins davon getrennt ist. Das ist Unsinn.

Ein weiteres Vorhaben ist die einheitliche **Präsenz aller Verwaltungen** in der ganzen Metropolregion. Seit zwei Jahren arbeitet Hamburg daran, dass in der gesamten Metropolregion die Verwaltung vereinheitlicht wird, auch in den schleswig-holsteinischen Randkreisen. Ein tolles Vorhaben! **Lübeck** hat gerade gesagt, sie möchten mitmachen. Der Innenminister hat das untersagt. Er hat gesagt, das gehe nicht. Herr Saxe hat gerade dagegen protestiert. Was hier mittlerweile passiert, ist doch absurd. Wir reden über eine **Verwaltungsstrukturreform** und kommen nicht voran, unsere Kreise, unsere Gemeinden wollen nicht mitmachen, kommen nicht in die Puschen, und Hamburg mit der ganzen Metropolregion macht eine Verwaltungsreform. In jedes Rathaus in der Region soll in Zukunft jeder Bürger hingehen können, um seine Sachen zu erledigen. Das heißt, genau das, was wir in Schleswig-Holstein nicht vorankriegen, was wir nicht auf die Reihe kriegen, nämlich eine vernünftige regionale Organisation von Verwaltung, das passiert jetzt in der Metropolregion unter Anleitung von Hamburg, und der Rest Schleswig-Holsteins ist außen vor und es wird ihm noch - wie Lübeck - verboten, mitzumachen. Das ist doch eine absurde Veranstaltung.

(Zuruf des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Ein weiteres Thema ist der **Förderfonds**. In Zukunft sollen die Entscheidungen über die Projekte des Förderfonds nicht mehr mit Zustimmung der Landesregierung Schleswig-Holsteins fallen wie bisher, sondern das Parlament, also wir hier, sollen in einem **Staatsvertrag** entscheiden - das steht im Staatsvertrag, den wir gerade im Ausschuss haben drin -, dass wir uns verpflichten, ohne Kürzungen oder Haushaltsvorbehalt in den nächsten Jahren die Fördermittel für die nächsten 20 Jahre bereitzustellen. Ich weiß es nicht genau, ich glaube, es sind 15 Jahre.

Dazu soll sich das **Parlament** verpflichten, aber weder das Parlament noch die Landesregierung haben Verfügung über diesen Fonds. Verfügung hat allein eine Geschäftsstelle, die in Hamburg sitzt.

Was ist das für eine Vorstellung, die uns hier als neues Metropolabkommen geboten wird? So habe ich mir den **Nordstaat** nicht vorgestellt, Herr Austermann.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die neue **Struktur der Metropolregion** ist der Verzicht der schleswig-holsteinischen Landesregierung auf eine eigene Politik. Wenn in der Vergangenheit Hamburg etwas von Schleswig-Holstein wollte - seien es Flächen für Mülldeponien, Ausgleichsflächen für Baumaßnahmen, die Elbvertiefung, Erholungsräume oder Wirtschaftsflächen -, dann musste Hamburg immer mit der Landesregierung verhandeln und die Landesregierung hat die Bedingungen Schleswig-Holsteins genannt. In Zukunft braucht man überhaupt nicht mehr mit der Landesregierung zu verhandeln, sondern man muss nur noch mit den Randkreisen reden. Die verhandeln das unter sich, der Rest Schleswig-Holsteins steht außen vor.

So haben wir uns den Nordstaat nicht vorgestellt. Die Alternative ist allerdings nicht - da bin ich anderer Meinung als der SSW -, dass wir gegen den Nordstaat sind oder uns von Hamburg abschotten und mehr mit **Dänemark** machen wollen. Die Alternative muss sein, dass wir für das ganze Land, von Flensburg und Husum bis nach Hamburg und möglicherweise darüber hinaus, eine gemeinsame Landesregierung haben, die die Interessen des ganzen Landes im Auge hat.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke, dass das auch für **Mecklenburg-Vorpommern** gilt, weil man dort die gleichen Probleme hat wie in Schleswig-Holstein.

Deswegen unterstützen wir den Vorschlag des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Kiel und des Unternehmerverbandes Schleswig-Holstein und Hamburg, einen Masterplan, also einen gemeinsamen Handlungsplan für das Zusammenwachsen der norddeutschen Länder zu erarbeiten.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Abgeordneter Hentschel, denken Sie bitte an die Redezeit.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ich habe es gehört. - Wir werden deshalb keinen der beiden vorliegenden Anträge zustimmen, sondern in einer der nächsten Landtagssitzungen einen

(Karl-Martin Hentschel)

eigenen Antrag einbringen, der genau diese Thematik auf den Punkt bringt und die Frage, die Herr Driftmann angesprochen hat, zum Thema macht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Hentschel. - Bevor ich den Minister aufrufe, haben wir noch Kurzbeiträge abzuarbeiten. - Zunächst erteile ich deshalb Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Debatte nicht in die Länge ziehen, weil ich gerade gehört habe, dass wir nächstes Mal noch eine Debatte zu dem Thema führen werden. Das finde ich gut, denn es ist ein wichtiges Thema. Ich weiß, dass sich mein Kollege Lars Harms auch noch zu Wort gemeldet hat.

Darum aus meiner Sicht nur noch: Ausgangspunkt unseres Antrages war das **Standortkonzept** der Landesregierung vom 28. November 2005. Ich bin der festen Überzeugung, dass Reisen bildet, und ich habe auch den Eindruck, dass sich die Rhetorik der Landesregierung seit dem 28. November 2005 etwas verändert hat. Sie ist differenzierter geworden und das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall beim SSW)

Richtig ist aber: Wenn man sich dieses Strukturkonzept ansieht, dann ist alles auf die **Zusammenarbeit** mit der **Metropolregion Hamburg** ausgerichtet. Und auch wenn ich die Schlussfolgerung des Kollegen Hentschel nicht teile, so teile ich doch große Teile seiner Analyse. Wir wissen doch alle, dass wir, wenn erst einmal Strukturen da sind, politisch nur noch hinterherhinken können. Darum ist es wichtig zu sagen: konkrete Zusammenarbeit mit Hamburg und den anderen norddeutschen Bundesländern ja, und zwar auf gleicher Augenhöhe. Dass man in allen möglichen Debatten aber jedes Mal anführt, man müsse auch sehen wie man am Besten fusionieren könne - gestern gab es eine Diskussion über die Weiterentwicklung des Schulsystems und es steht zu lesen, die Formulierung von Abituraufgaben für das Zentralabitur müsse künftig auch gemeinsam mit Hamburg geschehen -, das ist doch Tüdelkram.

(Zuruf)

- Das steht da drin, Frau Kollegin! Dass das angebahnt werden soll, steht genau in dem Bericht.

Ich habe vorhin das Beispiel mit den **Gerichten** genannt. Wer sich eine Fusion der Arbeitsgerichte vorstellt, muss wissen, dass es durchaus Unterschiede zwischen den beiden Bundesländern gibt. Wer sagt, wir müssten einfach darauf hinwirken, dass wir diesen **Förderfonds** bekommen, der muss auch das mit bedenken, was der Kollege Hentschel vorhin ansprach.

Es geht uns nicht darum, die eine Region gegen die andere auszuspielen. Das bringt nichts. Es geht uns darum, den Blick zu erweitern. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir alle mit einem großen Kopf ausgestattet sind, den wir auch bewegen können. Wenn man sich das Standortkonzept der Landesregierung ansieht, ist das in diesem Fall nicht passiert. Das ist unser Anliegen. Darum müssen wir ganz genau hingucken, wenn künftig von **Fusionsplänen** die Rede ist und festgelegt wird, wie die Zusammenarbeit mit Hamburg gestaltet werden soll.

Letzte Bemerkung: Im Finanzausschuss haben wir kürzlich diskutiert, wie es überhaupt mit **Einsparmöglichkeiten** bei konkreten Fusionsvorhaben aussieht. Die Eichämter machen zum Beispiel deutlich, dass man am Anfang nichts einsparen kann. Fusionen kosten erst einmal sehr viel mehr Geld. Auch hier muss man fragen, was eigentlich im Interesse Schleswig-Holsteins ist und wie wir sicher sein können, dass wir das in dieser Kooperation, in dieser Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe umsetzen können. Das sehe ich in der Diskussion nicht immer.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Abgeordneter Lothar Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Mein sehr geehrten Damen und Herren! Damit hier kein falscher Eindruck entsteht, mache ich einige zusätzliche Anmerkungen aus Sicht der SPD-Fraktion.

Wir sind ausgesprochen dankbar zu sehen, welcher hohen Stellenwert die zukünftige **Zusammenarbeit mit Dänemark** für die Landesregierung hat. Das ist durch den Besuch des Ministerpräsidenten deutlich geworden. Damit ist auch ein Signal für eine verbesserte Zusammenarbeit mit der Region Syddanmark gesetzt worden. Ich will es einmal flapsig sagen: Ich bin froh, dass endlich die Ochseninseln

(Lothar Hay)

verlassen wurden, obwohl ich das für eine idyllische Inselgruppe halte.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Auch mit einer **Fehmarnbelt-Querung** wird der Landesteil Schleswig immer noch einen Vorsprung von zehn Jahren haben. Da hilft es nicht herumzumäkeln. Das ist schon unter Marketinggesichtspunkten der vollkommen falsche Weg. Es sollte stattdessen die Stärke der Region dargestellt werden. Das kann man den Akteuren im Landesteil Schleswig nur immer wieder deutlich sagen und das sollten wir hier im Landtag auch beherzigen.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW)

Es gibt kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Handlungsdefizit. Denken Sie an die **Mats-Clausen-Studie**. Nehmen wir sie doch endlich ernst und fangen an, sie umzusetzen. Ob in Zukunft auch noch eine europäische Förderung für den Landesteil Schleswig stattfindet, hängt entscheidend von der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland ab. Dänemark hat klar entschieden. Dort ist man bereit, für die drei Regionen eine weitere **INTERREG-Förderung** zuzulassen. Das sind im Einzelnen der Landesteil Schleswig mit Sønderjylland, die K.E.R.N.-Region mit Fyns Amt und Ostholstein mit Storstrøms Amt. Wir müssen gemeinsam in Berlin dafür werben, dass das im Koalitionsvertrag festgelegte Verfahren, in Zukunft nur noch eine Förderung an den neuen Außengrenzen zuzulassen, hier nicht greift. Dann haben wir auch in Zukunft eine Chance.

(Beifall)

Lassen Sie mich am Ende noch eine Bemerkung zum Thema **Nordstaat** machen. Ich bin immer verwundert, wie schlecht die geografischen Kenntnisse sind, so dass man den Nordstaat immer nur auf eine Zusammenarbeit mit Hamburg bezieht. Ich habe einmal gelernt, dass Norddeutschland etwas größer ist. Aber ich habe auch Geografie studiert und wahrscheinlich haben das andere nicht. Wir sind für so viel Kooperation wie möglich, nicht nur mit Hamburg. Wir sind aber auch dafür, dass diese Kooperation kritisch hinsichtlich der Effektivität und Kostenersparnis hinterfragt wird und sehen mit Interesse den Berichten des Landesrechnungshofes entgegen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ein entscheidender Punkt bei all diesen Diskussionen zum Thema Nordstaat ist: Wenn wir diesen

Weg gehen wollen, dürfen wir nicht vergessen, die Menschen in Schleswig-Holstein mitzunehmen. Die müssen es akzeptieren.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich aus zwei Gründen gemeldet. Erstens möchte ich der Rede des Kollegen Garg eine Antwort nicht schuldig bleiben. Er hat die Frage gestellt, ob es unsere Absicht sei, dass der Landtag beantragen sollte, das **Fördergebiet Schleswig-Holstein** aufzuheben, wenn es um **EU-Strukturförderung** geht. - Das natürlich nicht. Aus meiner Sicht könnte man die gesamte Bundesrepublik Deutschland zum Strukturfördergebiet machen. Das ist nicht das Problem. Die Frage ist, wie die Programme in Zukunft sowohl regional als auch inhaltlich gestaltet werden. Das macht ja die Landesregierung. Da lässt sich etwas machen.

Unsere Sorge ist, dass uns im Norden wieder das gleiche passiert, was wir schon in der Vergangenheit erlebt haben. Die Regionalförderkulisse ist in den vergangenen Jahren bei gleichen Mitteln immer mehr erweitert worden. Das bedeutet dann natürlich für die alten Gebiete - sprich: für die Westküste -, dass die Mittel geringer wurden. Mit diesem Antrag wollen wir deutlich machen, dass diese Entwicklung nicht so weitergehen kann, sondern wir zumindest versuchen müssen, den Status quo zu halten.

(Rolf Fischer [SPD]: Andere Regionen haben auch das Recht auf Förderung!)

- Selbstverständlich haben auch andere Regionen das Recht auf Förderung. Es gibt aber bestimmte Bereiche, für die wir eine besondere Verantwortung haben. Das sind die Bereiche, in denen beispielsweise die Arbeitslosigkeit am höchsten ist. Das ist leider Gottes der Norden.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Dann muss alles nach Lübeck! Da ist die Arbeitslosigkeit am höchsten!)

Zweitens können wir heute vielleicht ein positives Signal für den Norden aussenden. Die Rede des Kollegen Callsen veranlasst mich, ein weiteres Thema anzusprechen. Wir haben immer wieder gesagt, wir wollten die **Stärken des Nordens** fördern. Wir wollen, wenn es vor Ort Ideen gibt, wenn es vor Ort

(Lars Harms)

Initiativen gibt, wenn etwas losgehen soll, die Landesregierung dann sagt: Okay, wir treten bei, wir helfen euch, damit ihr euch entwickeln könnt.

Wir haben an der Westküste in Husum ein Standortcluster, wo es um Windenergien und um den Ausbau des Husumer Hafens geht. Der Kollege Callsen hat in seiner Rede ganz deutlich gesagt, Schwerpunkte an der Westküste sind die verkehrliche Anbindung und der Ausbau des Husumer Offshore-Hafens.

(Beifall beim SSW)

Dann stelle ich mir die folgende Frage. Bisher waren die Signale aus der Landesregierung immer so, dass das Projekt so nicht gewollt und aufgrund der Förderung - wenn man nur noch ein Drittel gibt - natürlich tot ist. Heute vernehme ich die Signale. Ich hoffe, dass der Minister auf das, was Sie eben als Förderschwerpunkt genannt haben, eingeht und deutlich macht, wann er zusammen mit der Stadt Husum verkündet, dass der Offshore-Hafen vernünftig ausgebaut wird. Das würde mich sehr interessieren.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich nun dem Herrn Innenminister Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte ist besonders gut geeignet zu zeigen, wie viel sich in Schleswig-Holstein bewegt, wie viel wir bewegen und was wir noch alles bewegen können und müssen, wenn wir unsere Strukturen besser sortieren, als sie im Augenblick strukturiert sind. Dabei ist es unser Ziel, den gesamten Standort Schleswig-Holstein zu stärken. Das wird auch in dem Bericht „Schleswig-Holstein - ein starker Partner im Norden Deutschlands“ deutlich.

Ich freue mich über das Lob von Herrn Driftmann, das er mir beim Empfang im Kieler Schloss formuliert hat, auch wenn ich seine Schlussfolgerung nicht teile. Ich freue mich übrigens auch über die Gelegenheit, das, was wir in diesem Bereich wollen, demnächst im Ausschuss darzustellen.

Manchmal ist es eigenwillig, was Sie vortragen, Herr Kollege Hentschel. Aber ich weiß gar nicht, was Sie heute Morgen im Tee hatten. Als ich Ihnen eben zugehört habe, konnte ich wirklich nicht erkennen, dass das, was Sie hier vorgetragen haben, etwas mit der Realität zu tun hat.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Wir zeigen auf, dass die zukünftigen **Anforderungen und Chancen** der **schleswig-holsteinischen Regionen** und Teilräume da sind. Es ist übrigens kein Zufall, dass der so genannte Nordstaat in diesen Überlegungen keine Rolle spielt. Wir führen nämlich nicht die von anderen so geliebten virtuellen Grundsatzdiskussionen, sondern verbessern lieber pragmatisch die Lebensumstände der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Das tun wir seit Jahren und im Vergleich mit anderen Ländern in Deutschlands übrigens vorbildlich.

Dies geschieht zum Beispiel durch den Ausbau von Kooperationen, in erster Linie die Kooperation mit unserem strategischen Partner Hamburg, aber eben auch mit Niedersachsen, mit Mecklenburg-Vorpommern, mit Dänemark und mit den anderen Ostseeanrainern.

Es geht aber auch darum, in Schleswig-Holstein miteinander zu kooperieren. Das gilt in K.E.R.N. genauso wie für Lübeck und die an Lübeck angrenzenden Kreise. Manchmal habe ich das Gefühl, dass Kooperationen mit anderen über Landesgrenzen hinaus einfacher sind als im eigenen Land.

Wenn ich die Schlagzeilen der letzten Tage lese, erscheint mir manches bemerkenswert kurzsichtig. Mit Hamburg, bei zwei Parlamenten, zusammenzuarbeiten, im Land aber primär Kirchturm oder Gartenzaun im Blick zu haben, das ist provinziell - übrigens völlig schnurz, ob dieser Kirchturm in Plön, Bad Oldesloe, auf Amrum, in Ellerau, Bosau, Eutin, Bargtheide oder wo auch immer steht. Wir müssen lernen, in Regionen zu denken und zu handeln.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Die neuen strategischen Eckpunkte und Vorschläge für zukünftige Kooperationsprojekte und Konzepte zeigen Perspektiven für eine gleichwertige wirtschaftliche und soziale Entwicklung aller Landesteile auf. Wir verbessern die **Infrastruktur** und die **Standortbedingungen** und wir stellen den Bürgerinnen und Bürgern eine effiziente und kostengünstige **Verwaltung** zur Verfügung. Dazu gehört auch, dass wir die Synergieeffekte ausschöpfen, die zum Beispiel durch gemeinsame Trägerschaften von Institutionen entstehen. Dabei geht es um gleichwertige, nicht um gleiche Lebensumstände. Das ist im Übrigen die gleiche Position, die wir in der Föderalismusdebatte vertreten, was das Zusammenarbeiten in Deutschland angeht.

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Denn natürlich sind unterschiedliche Voraussetzungen und Chancen angemessen zu berücksichtigen. In der Sache, liebe Anke Spoorendonk, verfolgen wir also durchaus dieselben Ziele. Manches, was Sie uns als klammheimliche Hintergedanken unterstellen, gibt es zumindest in meinem Kopf nicht. Jeg siger hvad jeg tenker. Das gilt in jeder Hinsicht und ist übrigens ein kluger Ratschlag für die Politik in allen Bereichen, Anke Spoorendonk.

Wir müssen realistischerweise anerkennen und in der konkreten Politikausrichtung berücksichtigen, dass die **Hauptentwicklungsimpulse** für unser Land aus der **Kooperation mit Hamburg** und mit der Metropolregion Hamburg resultieren. Für die Landesregierung habe ich daher Anfang Dezember auf einer gemeinsamen Kabinettsausschusssitzung mit Niedersachsen und Hamburg ein Verwaltungsabkommen über die Neustruktur der Metropolregion Hamburg unterzeichnet.

Ich muss wirklich sagen: So, wie Sie das eben beschrieben haben, Herr Hentschel, wie das angeblich funktionieren soll - das könnte eigentlich nur sein, wenn zwischenzeitlich der Landtag hier aufgelöst wäre und diese Landesregierung nicht mehr da wäre. Davon habe ich nichts mitbekommen. Dazu sollten wir übrigens auch nicht beitragen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir sollten anerkennen, was da ist, und das nutzen, statt wie ein schleswig-holsteinisches Kaninchen auf die Metropolregion Schlange zu starren. Denn die Entwicklungsimpulse dieser Region - das ist entscheidend - bleiben eben gerade nicht auf die Hamburger Randkreise beschränkt. Die positiven Ausstrahlungen nach Norden und die Verbindungen mit dem, was sich zum Beispiel in der Grenzregion entwickelt, wollen, müssen und werden wir weiter verstärken. Wachstumsprozesse und Spill-over-Effekte über Bad Oldesloe, Pinneberg, Itzehoe und Heide hinaus zum Beispiel mit den vier Oberzentren des Landes werden vernetzt. Dazu hat die Landesregierung ein Wachstumsmodell Schleswig-Holstein unter Benennung von drei Entwicklungsachsen entlang der nach Norden führenden Autobahnen benannt. Dies stellt keine - wie Sie formulieren - schlichte Erweiterung des Metropolregionskonzepts dar.

Übrigens macht die permanente definitorische Ausdehnung der Metropolregion wider alle geographischen Realitäten keinen Sinn. Nein, es bedeutet vielmehr die von allen Regionen und Städten im Land gewollte Einbeziehung in die Dynamik dieser großen europäischen Metropolregion. Es ist doch völlig klar, dass das mit der Werbung so ist, Herr

Kollege Hentschel. Das kann man auch nicht ändern. Es geht um die Frage, wie wir zusammenarbeiten.

Die von uns verfolgten **Verkehrsprojekte** wie die Fortführung der A 20, der Ausbau der A 21 und der B 5, die Elektrifizierung der Strecke Hamburg-Lübeck werden diese Spill-over-Effekte erleichtern. Auch um dies zu erreichen, sind die Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit Hamburg klar definiert. Es ist eine Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe, mit gleichberechtigten Partnern und es gilt: Die Zusammenarbeit muss beiden Partnern Vorteile bringen. Nicht alles, was gut für Hamburg ist, ist automatisch gut für Schleswig-Holstein. Ich wiederhole: Eine selbstbewusste Positionierung Schleswig-Holsteins heißt, sich wechselseitig ergänzen zu wollen, sodass gilt: Was gut für Schleswig-Holstein ist, ist auch gut für Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Eindeutig positiv entwickelt sich zum Beispiel Dataport, das aus der Datenzentrale Schleswig-Holstein und dem Landsamt für Informationstechnik Hamburg hervorgegangen ist und inzwischen teilweise auch Mecklenburg-Vorpommern im Boot hat. Auch das gemeinsame Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, die Eichdirektion Nord und das Hanse-Office in Brüssel sind bundesweite Vorzeigeobjekte. Weitere 20 Kooperationen, Maßnahmen werden gegenwärtig geprüft.

Damit wir diese Impulse aus der Metropolregion aufnehmen und in die anderen Landesteile weiterlenken können, brauchen wir aber etwas Entscheidendes. Nur wenn wir selbstbewusste politische und auch wirtschaftliche, aktivere Regionen mit starken und attraktiven Städten im Zentrum haben werden, werden unsere Regionen in Schleswig-Holstein als interessante Partner von der Wirtschaftsdynamik der Metropolregion partizipieren können.

Ich sage Folgendes wirklich ohne jeden Unterton: Es ist schön, wenn Bürgermeister und Oberbürgermeisterinnen mit Herrn von Beust verreisen; aber es ersetzt nicht eigene Konzepte.

(Beifall bei der SPD)

Es kommt darauf an, dass sich unsere Regionen gut aufstellen, ihr eigenes Profil schärfen, ihre Stärken identifizieren, gezielt ausbauen und ihre Schwächen möglichst abbauen. Hierzu haben wir für die K.E.R.N.-Region, für die Region Lübeck, für den Landesteil Schleswig, die Landeshauptstadt Kiel und für die Stadt Flensburg Vorschläge zur **Stärkung der regionalen Strukturen** im Sinn einer ei-

(Minister Dr. Ralf Stegner)

genständigen Positionierung als wichtige Teilräume des Landes benannt.

Die Bildung von **Verwaltungsregionen**, wie sie die Landesregierung plant, sowie die Abgabe von Aufgaben an dieser Regionen, an die Kreise und an die Gemeinden, wie sie von der Landesregierung in die Wege geleitet wird - auch da sieht das ganz anders aus, als Sie es eben beschrieben haben, Herr Hentschel -, stärken die Handlungs- und Gestaltungsspielräume in den und für die Regionen in Schleswig-Holstein.

Ich weiß nicht, ob der Kollege Kalinka im Raum ist; an seine Adresse möchte ich gern Folgendes sagen: Wenn wir beispielsweise die Regionalplanung kommunalisieren, dann ist K.E.R.N. eben mehr als ein Verein, und dann kann vor Ort ganz konkret über die Entwicklung der Region entschieden und für die Region etwas bewirkt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Standortpolitik der Landesregierung fußt auf mehreren Beinen. Insofern läuft der Antrag des SSW an der Stelle ins Leere. Deutlich wird dies übrigens auch dadurch, wenn man bedenkt, dass Dänemark auf Platz vier der wichtigsten Exportländer Schleswig-Holsteins liegt. Beim Import liegt Dänemark sogar unangefochten auf Platz eins, wobei das Volumen ständig wächst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so wichtig es ist festzustellen, dass wir uns in der Grundausrichtung einig sind, so wichtig ist es, unsere Vorschläge mit allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren im Land gemeinsam umzusetzen. In diesem Sinne möchte ich auf Ihre konkreten Anregungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark und zur Neukonzeption der Regionalförderung eingehen.

Was die **Zusammenarbeit mit Dänemark** angeht, ist das ein zentrales Thema unserer Politik. Im September 2005 hat der Landtag den Bericht zur Zusammenarbeit in der deutsch-dänischen Grenzregion debattiert. Dabei ist deutlich geworden, dass trotz 20 Jahren intensiver Struktur- und Regionalpolitik die Entwicklung im Landesteil Schleswig weniger dynamisch ist als in anderen Landesteilen. Der Landesteil Schleswig braucht mehr Wirtschaftswachstum und weniger Arbeitslosigkeit. Insofern müssen die Chancen der boomenden dänischen Arbeitsmärkte genutzt werden. Die Landesregierung wird künftig in dieser Grenzregion einen noch aktiveren Part übernehmen, ohne damit die Verantwortung und Zuständigkeit der Akteure in der Region beschneiden zu wollen. Deshalb zum Beispiel veranstaltet das Wirtschaftsministerium

mit der IHK Flensburg im Februar einen deutsch-dänischen Cluster-Workshop.

Wir werden aber auch weiter intensiv für die **Belange der Grenzregion** in Berlin, Brüssel und Kopenhagen werben. Der Ministerpräsident und der Herr Europaminister haben dies gerade nachdrücklich mit ihrer Reise nach Kopenhagen bekräftigt.

Ich möchte auch kurz etwas zur **Neukonzeption der Regionalförderung** sagen. Ich rede hier ja auch für den Kollegen Austermann mit. Ab 2007 lässt die EU landesweit Strukturfondsförderung zu. Das Land Schleswig-Holstein wird diese Möglichkeit nutzen, um möglichst viele qualitativ gute Projekte mit Arbeitsplatzeffekten fördern zu können, wobei die Unterstreichung auf „qualitativ gut“ und nicht auf „viel“ liegt.

(Beifall bei der SPD)

Die angemessene Beteiligung aller Landesteile an den Fördermitteln werden wir durch bestimmte Vorgaben sicherstellen. Übrigens hat es auch zusätzliche Mittel beispielsweise für die Phänomenta gegeben. Es ist also falsch, was vorhin gesagt worden ist.

Wir werden für den Hamburger Rand neue Fördermöglichkeiten auch für gemeinsame länderübergreifende Aktivitäten eröffnen.

Die deutsch-dänische grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die transnationale Zusammenarbeit im Ostsee- und Nordseeraum werden im Rahmen der neuen Ziel-3-Förderung „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ weitergeführt werden können.

Zusätzlich werden die Fördermittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auch zukünftig nur in die strukturschwächsten Regionen des Landes fließen, sodass auch durch dieses Förderinstrument eine bevorzugte Berücksichtigung der wirtschaftlich schwächeren Landesteile erreicht wird.

Im Ergebnis wird die Landesregierung auch weiterhin alles Erforderliche tun, damit Schleswig-Holstein für den Wettstreit der Standorte gut gerüstet ist und möglichst alle Landesteile eine gleichwertige wirtschaftliche und soziale Entwicklung erfahren. Hierzu bedarf es keiner Überarbeitung des aktuellen Berichtes. Wichtiger ist vielmehr, dass die im Bericht genannten Projekte und Kooperationen möglichst schnell realisiert werden, dass die Verwaltungsstrukturreform und die Funktionalreform greifen, gerade auch mit Blick auf die Vorreiterrolle unserer Nachbarn im Norden. Dabei wollen wir gern Ihre Vorschläge und Ideen konstruktiv aufgreifen. Ich sage es noch einmal: Wir als Landesre-

(Minister Dr. Ralf Stegner)

gierung, wir als Landesparlament sind gefragt. Die Verantwortung liegt bei uns. Sie liegt nicht beim Landrat von Pinneberg, sie liegt nicht beim Chef der Unternehmensverbände und sie liegt auch glücklicherweise nicht allein bei Karl-Martin Hentschel. Sie liegt beim gesamten Landesparlament und bei der gesamten Landesregierung. Wir müssen uns dieser Aufgabe offensiv stellen.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie wissen, bin ich kein Anhänger des Nordstaates. Bei allem Respekt glaube ich auch nicht, dass der jetzige Ministerpräsident der letzte Ministerpräsident von Schleswig-Holstein sein wird. Aber so falsch es auch wäre, sich allein auf die Metropolregion und die Zusammenarbeit mit Hamburg zu konzentrieren, so leichtfertig wäre es, die Chancen, die sich aus der Zusammenarbeit ergeben, die im Übrigen in Deutschland Vorbildcharakter hat, nicht beherzt zu nutzen. Das nützt Schleswig-Holstein, das nützt seinen Bürgerinnen und Bürgern in allen Regionen dieses schönen Landes.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister. - Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Frage, wie Norddeutschland zusammenwachsen kann, welche Institutionen, welche Verwaltungsebenen zusammengelegt werden können und in welcher Form sich das Parlament einschalten muss, ist eine Frage, die sich weiterentwickelt und die wir bisher nicht ausdiskutiert haben; ich sage das sehr deutlich. Ich habe hier vor etwa sechs Jahren gemeinsam mit Lothar Hay gestanden und habe für einen Antrag „Zusammenarbeit Hamburg-Schleswig-Holstein - **Norddeutsche Kooperation**“ geworben. Wir hatten nicht nur vorher Diskussionsbedarf innerhalb unserer Fraktionen, sondern es gab auch die Situation bei CDU und FDP, dass sie nicht zugestimmt haben, weil sie diese Form der Kooperation von Verwaltungen und Institutionen nicht wollten.

Die Situation hat sich jetzt geändert. In den letzten Jahren sind von der alten Landesregierung und von der neuen Landesregierung erhebliche Fortschritte gemacht worden. Viele Verwaltungsebenen und Institutionen arbeiten zusammen. Die Hochschulen

wollen zusammenarbeiten. Es geht um Teile der Ausbildung. Es geht um die Frage, ob es gemeinsame Gerichte gibt.

Ich sage Ihnen: Wenn eine Veränderung in dieser Dynamik zwischen zwei Ländern in einer norddeutschen Region passiert, dann muss sich ein Parlament zeitnah fragen, wo es bleibt, welche Aufgabe es in diesem Gebilde haben soll. Mir ist wichtig, dass es nicht so weit kommt, dass wir nachher 100 Verwaltungsabkommen haben, die Verwaltungen arbeiten super zusammen, die Regierungen treffen sich und uns als Parlament wird gesagt: Ihr könnt gar nichts mehr machen, das liegt nicht mehr in eurer Entscheidungskompetenz. Sie sehen das bei allen Verwaltungsabkommen, die wir haben, auch bei diesen schönen Bund-Länder-Abkommen. Darin steht dann jedes Jahr eine Steigerungsrate von 1,5 % und das Parlament ist schlicht machtlos.

Deshalb werbe ich an dieser Stelle dafür, sich dem Gedanken eines **norddeutschen Bundeslandes** zu öffnen und sich intensiv mit der Frage zu beschäftigen, wie wir als Parlament weiter Einfluss auf das haben, was in den Verwaltungen innerhalb von oder zwischen Bundesländern gemeinsam passiert.

Ein letzter Satz: Ich bin sehr froh, dass der Ministerpräsident die Diskussion für einen Nordstaat geöffnet hat. Der Ministerpräsident sagt, in zehn bis 15 Jahren sei das darstellbar. Das ist ein Schritt nach vorn. Wir sollten nicht sagen, es geht alles gar nicht, sondern wir sollten uns mit dieser Herausforderung auseinander setzen und entscheiden, wie wir es schaffen, dass das Parlament auch auf das Einfluss hat, was unsere Verwaltungsebenen und unsere Regierung macht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe daher die Beratung.

Es ist Sachabstimmung gewünscht. Habe ich das richtig mitbekommen? - Wir haben zwei Sachanträge und könnten, wenn alle einverstanden sind, alternativ abstimmen. Wird dem widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Sie können nur mit Ja stimmen!

Wir stimmen zunächst ab über den Antrag der Abgeordneten des SSW in Drucksache 16/433. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wir stimmen dann über den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD in Drucksache 16/508 ab. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Der Antrag in Drucksache

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

16/508 ist mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden. Damit beende ich die Beratung.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 30:

Aktionsplan Kinder und Jugend

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/416

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/537

Bevor ich der Ministerin das Wort erteile, begrüße ich sehr herzlich auf der Tribüne eine neue Besuchergruppe. Das sind die DGB-Senioren der Stadt Kiel. - Seien Sie herzlich begrüßt!

(Beifall)

Ich erteile nunmehr das Wort der Frau Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Schleswig-Holstein wachsen 530.000 Kinder und junge Menschen heran, in deren Händen die Zukunft unseres Landes liegt. Alles, was wir für diese Kinder und Jugendlichen tun, tun wir damit für Schleswig-Holstein und für dessen erfolgreiche weitere Entwicklung. Die meisten dieser Kinder wachsen gesund und gut behütet heran. Dem überwiegenden Teil geht es in ihren Familien gut und sie haben je nach Talent und Begabung gute Perspektiven für ihre Zukunft.

Aber wir können die Augen nicht davor verschließen, dass die Probleme von Kindern und Jugendlichen trotzdem zunehmen. Statistisch können wir das zum Beispiel an der Zunahme der absoluten Zahlen von psychosozialen oder gesundheitlichen Belastungen messen, aber auch an der Zahl der Kinder und Jugendlichen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind. Wir diagnostizieren heute mancherorts Befunde, die uns aufrütteln und zum Handeln zwingen. Das Thema der vernachlässigten Kinder hat uns gestern im Landtag intensiv beschäftigt. Mich lässt das Schicksal derjenigen Kinder und jungen Menschen nicht los, deren Zukunft schon verspielt ist, bevor sie überhaupt angefangen hat.

Wir haben deshalb einen **Kinder- und Jugend-Aktionsplan** entwickelt, der Schlüsselthemen des Aufwachsens von Kindern aufruft, der in Anlehnung

des nationalen Plans für ein kindgerechtes Deutschland eine starke Position der Kinder- und Jugendpolitik vorantreiben soll. Der Kinder- und Jugend-Aktionsplan setzt auf ein breites Bündnis zwischen all den Organisationen, Institutionen, Verbänden und Einrichtungen, die sich in unserem Land für Kinder, für junge Menschen und für Familien stark machen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heindl
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für unsere Kinder und Jugendlichen müssen wir auch das klassische Ressort- und Abgrenzungdenken überwinden. Die Zukunft geht uns alle an.

Der Kinder- und Jugend-Aktionsplan wird von sechs Aufgabenbereichen bestimmt, die alle für sich einen vielfältigen und großen Aktionsradius haben und die natürlich auch Übereinstimmungen haben. Das reicht von der Früherkennung gesundheitlicher und sozialer Risiken bis hin zur Bekämpfung von Benachteiligungen und sozialer Ausgrenzung, von Kinder- und Jugendkultur bis hin zu Beteiligungsrechten von Jugendlichen an den Entscheidungen in ihren Kommunen. All diese umfangreichen Handlungsfelder werden im Kinder- und Jugend-Aktionsplan detailliert bearbeitet.

Wir haben - um deutlich zu machen, wie ernst es uns damit ist - für jedes dieser sechs **Aufgabenfelder Leitprojekte** entwickelt, die wir gemeinsam mit Partnern in Schleswig-Holstein durchführen. Dazu gehört zum Beispiel das Projekt „OptiKids-Kinderleicht“, „OptiKids-Lebensleicht“, ein Projekt, das die Entwicklungs- und Integrationsprobleme verhaltensauffälliger Kinder reduzieren soll. Eines unserer wichtigen Anliegen, nämlich die frühestmögliche Bekämpfung von Vernachlässigung oder Gewalt, haben wir gestern diskutiert. Das ist das Programm „Schutzengel für Schleswig-Holstein“. Andere Leitprojekte können Sie dem Bericht entnehmen: Die Service-Agentur „Ganztäglich Lernen“, das Projekt „mitWirkung Schleswig-Holstein“, „Augen auf im Geldverkehr“ und vieles andere mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zahlreiche Aktivitäten einzelner Partner im Land ergänzen diese Leitprojekte und das ist auch das Projektprinzip des Kinder- und Jugend-Aktionsplans. Er ist ein dynamisches Geschehen und er wird durch einen Schneeballeffekt im Land deutlich machen, wie stark die Kinder- und Jugendpolitik in diesem Land ist.

Ich freue mich, schon jetzt sagen zu können, dass sich viele Einrichtungen, Initiativen, Organisationen, Vereine und Verbände mit Projekten in den

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

unterschiedlichsten Handlungsfeldern engagieren. Das macht mich sehr zuversichtlich. Denn mit dem Kinder- und Jugend-Aktionsplan haben wir - das wollen wir noch verstärken - einen Prozess in Gang gesetzt, der deutlich signalisiert: Die Kinder- und Jugendpolitik in Schleswig-Holstein ist gut aufgestellt. Wir werden gegebenenfalls gemeinsam Flagge zeigen, wenn es Not tut. Dies haben wir am Beispiel der verpflichtenden **Beteiligung junger Menschen** an den sie berührenden Angelegenheiten in der **Kommune** gerade erfolgreich getan.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will alle Kräfte darauf verwenden, die Lebenschancen unserer Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Ich bin erfreut darüber, wahrnehmen zu können, dass die Fraktionen dieses Hauses unseren Plan unterstützen. Es würde mich auch freuen, wenn aus Ihren Reihen viele Anregungen, Ideen, auch kritische Anmerkungen beigesteuert würden, damit dieser Kinder- und Jugend-Aktionsplan Schleswig-Holstein vorangetrieben werden kann.

Ich rechne mit Ihrer Unterstützung für den Kinder- und Jugend-Aktionsplan. Es geht um nicht weniger als um die Zukunft unserer Kinder. Dies braucht ein starkes Signal, eine starke Kinder- und Jugendpolitik in diesem Land. Ich jedenfalls stehe dafür.

(Beifall)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Ministerin. - Das Wort für die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Erstes ein Dankeschön an alle, die diesen ausführlichen und übersichtlichen Bericht erarbeitet haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das ist ein guter Ausgleich für die nicht ganz glückte Eröffnungsveranstaltung zum Aktionsplan - wir erinnern uns, Frau Ministerin -, denn auf der ersten Veranstaltung gab es zwar ein erstes Raster, aber mit Leben gefüllt war der Aktionsplan noch nicht. Jetzt liegt uns ein dickes Bündel vor und wir stellen fest, dass in diesem Land sehr viel geplant wird, um den nationalen **Aktionsplan Kinder und Jugendliche** in Schleswig-Holstein mit Leben zu erfüllen.

Mir ist dieser Plan - das sage ich noch einmal ganz deutlich, ich habe es gestern schon gesagt - ausführ-

lich genug. Ich habe mich ein bisschen gewundert, dass CDU und SPD gestern gefordert haben, in der 13. Tagung drei Punkte noch einmal zu konkretisieren. Sei es drum. Ich finde den Bericht sehr gut, er ist übersichtlich.

Ich glaube, dass die sechs gewählten Säulen von der frühen Hilfe bis zur Beteiligungskultur die richtigen Schwerpunkte bilden. Schleswig-Holstein ist gut vorbereitet. Bereits in den letzten Jahren wurden viele jugend- und familienpolitischen Initiativen auf den Weg gebracht.

Wenn die Landesregierung nun tatsächlich alles umsetzt, was sie sich mit dem Aktionsplan vorgenommen hat, wenn vor Ort alle Beteiligten mitmachen und wenn es uns weiterhin gelingt, haupt- und ehrenamtliches Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit auf Dauer zu gewinnen, dann haben wir allerhand erreicht.

Aber gerade in der Kinder- und Jugendpolitik taucht immer wieder ein Problem auf. Das ist die schwierige Finanzsituation der Kommunen. Auch hier müssen wir gemeinsam mit den Kommunen in den Dialog treten und schauen, was machbar ist und was nicht und was vielleicht anders oder alternativ gemacht werden kann.

Wir haben gestern bereits darüber diskutiert, dass **Eltern** mit der **Erziehung** ihrer Kinder teilweise überfordert sind und dass wir deshalb sehr früh und professionell Hilfestellung zur Verfügung stellen müssen. Diese Hilfestellung kostet meist relativ viel Geld.

Ich nenne ein paar Beispiele, die deutlich machen, wie viel noch zu tun ist. Da berichtet mir eine Erzieherin aus dem Kreis Schleswig-Flensburg, dass sie an die Behörde herantritt mit der Bitte, ein Kind aus einer Kindertagesstätte integrativ zu fördern. Das zuständige Amt sagt ihr: Es tut uns Leid, das Kind hat nur zwei Defizite und nicht drei; leider keine Integrationsmaßnahme. - Frühförderung heißt, dass wir auch kleine Defizite möglichst frühzeitig beheben, denn sonst werden diese Defizite so groß, dass sie kaum noch handhabbar sind.

Ein anderes Beispiel aus dem Kreis Segeberg: Da ist das Kind einer Alkoholikerin in einer Integrationsmaßnahme, es entwickelt sich ausgesprochen gut. Dann kommt die neue Hilfeplanerin des Kreises und sagt: Es ist doch super, das Kind ist aufgrund der Integrationsmaßnahme gut davor und kann aus der Integrationsmaßnahme wieder heraus. - Das Kind fällt natürlich in die alten Verhaltensweisen zurück.

(Monika Heinold)

Auch das ist ein Beispiel dafür, wie viel wir vor Ort an Fördermaßnahmen, an Integrationsbedarf haben und wie sehr Land und Kommunen darauf achten müssen, dass der Hilfebedarf tatsächlich präventiv und frühzeitig erkannt wird. Es gilt noch immer der Spruch aus der Sozialarbeit, den es schon viele Jahrzehnte gibt: Prävention statt Reparatur.

Die Landesregierung will mit dem Aktionsplan auch die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in Kommunen, Schulen und Kindertagesstätten stärken. Das ist einer der sechs Eckpfeiler. Meine Fraktion steht zu diesem Ziel. Uns ist es sehr wichtig, dass **Kinder und Jugendliche** vor Ort **Mitbestimmungsmöglichkeiten** haben und dass dies in der **Gemeindeordnung** verbindlich verankert ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nun gab es ja ein bisschen Verwirrung: Unser Entbürokratisierungs-Staatssekretär hat das erst einmal auf seine mögliche Streichliste gesetzt. Daraufhin haben sich die Moderatoren gemeldet, die die Mitbestimmung durchführen. Daraufhin hat sich auch das Jugendparlament in Elmshorn gemeldet. Uns ist es wichtig, dass sich der Landtag - auch wenn es gesetzlich verankert ist - noch einmal zu dieser Mitbestimmung bekennt und der Landesregierung sehr klar signalisiert, dass Entbürokratisierung hier an der falschen Stelle durchgeführt werden soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich fände es sehr schön, wenn Sie unserem Antrag zustimmen. Es ist ein Antrag, der die Landesregierung lobt. Es ist ein Antrag, der bestätigt, was die Ministerin gesagt hat. Daher verstehe ich die Zögerlichkeit nicht so recht. Nur weil wir die Landesregierung loben wollen, dürfte es Ihnen doch nicht schwer fallen, diesem Lob zuzustimmen.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Heinold. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Niclas Herbst.

Niclas Herbst [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Natürlich dürfen Sie die Landesregierung so lange loben, wie Sie wollen. Das können Sie den ganzen Tag machen. Wir haben überhaupt nichts dagegen.

Zu dem Thema sollten wir ernsthaft noch etwas sagen. Ich freue mich, dass wir dieses Thema in dieser Tagung besprechen und dass es nicht hinten von der Tagesordnung runtergefallen ist. Denn es ist ein wichtiges Thema. Ich hätte der Ministerin gern etwas von meiner Redezeit abgegeben, damit sie den Plan noch etwas ausführlicher hätte darstellen können.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Kannst du doch machen!)

Ich kann mich kurz fassen und auch für meine Fraktion die volle Unterstützung zu diesem Kinder- und Jugendaktionsplan signalisieren.

Nicht nur der **Nationale Aktionsplan für Kinder und Jugend**, sondern auch der Europäische Pakt für die Jugend sollte an dieser Stelle Erwähnung finden; die europäische Dimension sollten wir nicht vergessen und deshalb habe ich ihn der Vollständigkeit halber hier erwähnt.

Wie wichtig das Begreifen von Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe ist, haben wir hier schon zweimal gehört. Ich unterstütze dies und finde, dass der Kinder- und Jugendaktionsplan ein solides Dach und tragfähige Strukturen bietet. Ich finde auch das Bild von den Säulen sehr gut. Von daher füge ich hinzu: Wenn wir das als offenen Prozess begreifen, dürfen wir nicht glauben, dass wir mit diesen sechs Haupthandlungsfeldern am Ende sind. Vielmehr wollen wir an ihnen anknüpfen.

Ganz wichtig ist die **Einbindung des Ehrenamtes**. Uns muss völlig klar sein, dass in der Jugendpolitik in Schleswig-Holstein ohne das Ehrenamt gar nichts läuft. Gerade das positive Feedback und die positiven Rückmeldungen, die wir aus den Verbänden bekommen, zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Insofern sollten wir es nicht als Plan, sondern als Rahmen begreifen und die Problemfelder angehen.

Ich möchte einen Punkt erwähnen, der mir persönlich besonders wichtig ist. Wir sollten Jugendpolitik nicht immer nur als Problempolitik sehen, um sozusagen die „Problemfelder“ aufzugreifen, sondern wir sollten Jugendpolitik als Politik für alle Kinder und Jugendliche ansehen.

(Beifall)

Denn alle Kinder und Jugendliche haben ein Anrecht darauf, dass Kompetenzen gestärkt werden und dass gefördert wird. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil die Grenzen zwischen dem, was wir als „normal“ bezeichnen, und dem, was wir als „Problemfall“ bezeichnen, manchmal sehr fließend sind.

(Niclas Herbst)

Nicht selten müssen wir im wahrsten Sinne des Wortes sagen: Das kommt in den besten Familien vor.

Es ist also alles sehr erfreulich, was wir zum Kinder- und Jugendaktionsplan sagen können. Weniger erfreulich fand ich den Antrag der Grünen; ich will das auch kurz begründen. Es gibt ja zwei Möglichkeiten: Entweder wollen Sie jetzt alle Paragraphen aufzählen, die Sie sinnvoll finden - dann hätten wir viel zu tun und das würde ich auch nervig finden -, oder Sie wollten sozusagen Freidenkeralarm auslösen, weil irgendjemand gewagt hat - -

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr Staatssekretär schreibt es im Bericht! Das ist doch nicht irgendjemand!)

- Das ist jemand.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist irgendjemand!)

- Nein. Wissen Sie, Klaus Schlie ist mein Kreisvorsitzender und zwischen ihm und mir passt im besten Sinne des Wortes kein Blatt Papier.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie glauben, mich unterbrechen und irgendetwas in die Welt stellen zu dürfen, dann ist das auch gegenüber einem jungen und neuen Kollegen wie mir unparlamentarisch. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es mag eine gute parlamentarische Sitte sein, aber Sie können ja dazwischenrufen, wenn ich fertig bin. Ich wollte mich dagegen wehren, dass Sie hier Freidenkeralarm auslösen - vielleicht denken Sie einmal über das Wort nach -, wenn jemand

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Irgendjemand!)

in der Landesregierung darüber nachdenkt, was man verbessern könnte. Ich finde es auch richtig, darüber nachzudenken; das sage ich, damit Sie Ihre Diskussion hier beenden können.

Der § 47 f der Gemeindeordnung steht nicht zur Disposition. Aber wenn Sie glauben - Sie haben keine kommunale Basis

(Martin Kayenburg [CDU]: Die haben überhaupt keine Basis!)

wie wir; deswegen haben wir auch die Rückmeldung, wie das funktioniert -, dass vor Ort alles in Ordnung sei, dann sind Sie auf dem falschen Weg. Ich sage Ihnen: Der **§ 47 f der Gemeindeordnung**

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht um die Umsetzung!)

- das liegt an der Umsetzung, natürlich - wird so umgesetzt, dass er - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] Von Ihren Kommunalpolitikern!)

Ich finde das Thema so wichtig, dass man zuhören sollte.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort hat Herr Herbst. Und wenn sich die Grünen melden wollen, dann machen Sie es bitte mit Dreiminutenbeiträgen.

Niclas Herbst [CDU]:

Danke schön, Frau Präsidentin. - Es wird vor Ort sehr unterschiedlich umgesetzt und das liegt an der Umsetzung. Es gibt Beispiele, wo es gut oder sehr gut funktioniert. Es gibt auch Beispiele, wo es ignoriert wird, und - das ist das Allerschlimmste - es gibt Beispiele, wo zwar die Beteiligung da ist, es aber anschließend ignoriert wird.

Insofern bin ich der Meinung, dass das, was wir im Koalitionsvertrag geschrieben haben - wir wollen **Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte** verbessern und weiterentwickeln -, der richtige Weg ist. Ein starres Festhalten an Paragraphen finde ich falsch. Einfach zu denken, wir hätten etwas und das reiche, reicht mir nicht. Wir werden in der großen Koalition unserem Anspruch gerecht, dass wir Mitwirkung und Beteiligung ausbauen.

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung, weil sich die Grünen da sehr engagieren. Ich finde, wir als Landtag müssen auch ein gutes Beispiel liefern. Dass es Fraktionen gibt, die neun Jahre ohne Personalwechsel auskommen, ist natürlich ein schlechtes Beispiel.

(Beifall bei der CDU)

Sie können natürlich sagen: „Junge Leute in die Politik!“, aber die Liste junger grüner Politiker, die zwar gerne im Landtag wären und unsere Arbeit vielleicht bereichern würden, aber abgemessert wurden, ist lang. Insofern sollten wir ein gutes Beispiel abgeben und nicht nur von der kommunalen Ebene Beteiligung fordern, sondern uns auch an die eigene Nase fassen. Am besten ist es, man kehrt vor der eigenen Tür, bevor man etwas von anderen fordert.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Sandra Redmann das Wort.

Sandra Redmann [SPD]:

Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Liebe junge Kollegen!)

- „Liebe jungen Kollegen!“ natürlich auch.

So schön und erfrischend ich es eben auch fand - ich werde mich jetzt im Wesentlichen auf den Kinder- und Jugendaktionsplan beziehen

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

und alles andere können wir vielleicht nachher beim Kaffee besprechen.

Kinder und Jugendliche sind gerade in politischen Reden dankbare Imagesubjekte und sobald dieses Thema angeschnitten wird, erhält man oft die wunderschönsten Lippenbekenntnisse aus Politiker- und Politikerinmündern.

Die Worte „Kinder“, „Zukunft“ und „wichtig“ stehen dann in einem Dreiklang, der fast unvermeidlich ist. Sobald es sich aber um die Gestaltung einer nachhaltigen **Kinder- und Jugendpolitik** in der Gegenwart handelt, verlieren die sicher gut gemeinten Ansätze häufig schnell an Substanz.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Kinder und Jugendliche haben nach wie vor nicht die Lobby, die sie unmittelbar in die Lage versetzt, ihre Forderungen an die Politik so zu gestalten, dass sie dort dauerhaft durchdringen.

Umso mehr freue ich mich und begrüße es im Namen der SPD-Fraktion, dass der **Kinder- und Jugend-Aktionsplan** entwickelt wurde. Er bietet Gestaltungsspielraum, der Kindern und Jugendlichen sowie deren Interessenverbänden zugute kommen wird. Und ich bin mehr als zuversichtlich: Wir werden mehr Kinder- und Jugendfreundlichkeit und damit auch Familienfreundlichkeit in Schleswig-Holstein erreichen. Dafür steht der Aktionsplan.

Maßnahmen werden enger an die aktuellen Voraussetzungen und Probleme herangeführt. Wir werden anders und besser als bisher auf Anforderungen der Kinder und Jugendlichen eingehen und Lösungen schaffen können. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder, der mein Wirken in der Jugendpolitik kennt, weiß, dass ich das nicht leichtfertig sage.

Zu dem Aktionsplan selbst. - Zunächst: Die **Bestandsaufnahme** der Situation der Kinder und Jugendlichen in unserem Lande ist die erste, die viele Facetten von der Geburt bis in das Jugendlichenalter berücksichtigt. Es wird dabei nichts schön geredet, sondern die Problemstellungen und organisatorischen Defizite werden aufgezeigt und mögliche Lösungsansätze geschaffen. Das ist aus meiner Sicht die wesentliche Grundlage und Voraussetzung dafür, dass die Maßnahmen und Vorhaben aus dem Aktionsplan auch erfolgreich sein können und die Effekte haben, die wir uns davon versprechen.

Ich begrüße ausdrücklich das Verfahren und bedanke mich bei Ministerin Dr. Trauernicht und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihres Hauses für diese offene Herangehensweise, die im Weiteren die Erstellung des Aktionsplans in dieser Form erst ermöglicht hat.

(Beifall bei der SPD)

Hier wurden im Grunde alle wesentlichen Partnerinnen und Partner beteiligt und das hat dazu geführt, dass miteinander tragfähige Ideen, aber auch Visionen und konkrete Konzepte erarbeitet werden konnten. Ich möchte ausdrücklich bestätigen, was Herr Herbst eben gesagt hat: Die Verbände sind mit diesem Plan sehr, sehr zufrieden und haben sich inhaltlich stark eingebracht.

Und: Die erarbeiteten Konzepte verschaffen den im Kinder- und Jugendbereich Tätigen endlich ein Stück der Planungssicherheit, die diese seit langem vom Land gefordert haben.

Ich möchte eines besonders hervorheben: Der Kinder- und Jugend-Aktionsplan ist ein integrativer, also ressortübergreifender Politikansatz, der für Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein entwickelt worden ist. Ich halte das für einen richtigen und notwendigen Weg, um den Anforderungen und Wünschen von Kindern, Jugendlichen und auch Familien zu begegnen. Wir brauchen hier eine **vernetzte Politik** über alle Ressorts; ich sehe im Moment zwar nur die Jugendministerin, richte dies aber auch an die abwesenden Kollegen im Kabinett.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Aus Sicht der SPD-Fraktion möchte ich klarstellen: Mit dem Aktionsplan ist die Arbeit nicht getan; ich gehe jetzt auf das ein, was Frau Heinold vorhin angeführt hat. Sie fängt erst an. Der Plan zeigt nur einige der Instrumente, die nützlich sein können. Weitere Instrumente werden sich erst im Verfahren und in der Beurteilung des Vorgehens herausstellen

(Sandra Redmann)

und finden lassen. Der Plan ist nicht starr, sondern bewusst so flexibel angelegt. Das umfasst sowohl die Instrumente als auch die Maßnahmen.

Mit dieser Plenarbefassung verabschieden wir nicht den Aktionsplan und können ihn dann in die Hände des Ministeriums oder zu den Akten legen, sondern wir sind alle aufgefordert, unsere politischen Ziele weiter einzubringen und die Umsetzung zu begleiten. Jedem hier im Hause muss klar sein, dass wir das nicht zum Nulltarif bekommen werden.

(Beifall beim SSW)

Die Befassung mit Kindern und Jugendlichen ist nicht vorrangig Zukunftspolitik, sondern handfeste Gegenwartspolitik.

Wir beantragen die Ausschussüberweisung an alle Ausschüsse, weil das Thema ressortübergreifend ist. Federführend soll der Sozialausschuss sein. Zum Antrag der Grünen kann ich mich den Worten von Herrn Herbst anschließen. Ich verschweige aber auch nicht, dass dies ein ureigenes sozialdemokratisches Thema ist. Dieses Thema werden wir niemals wieder weggeben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für die FDP-Fraktion hat Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ist es die Rede des Kollegen Herbst wert, hier mit einigen Anmerkungen bedacht zu werden. Liebe Kollegin Redmann, ich schlage zunächst vor, dass sich die jüngeren Abgeordneten des Parlaments nicht bei einem Kaffee, sondern bei einem Schokoladenpudding treffen, um diese Rede noch einmal Revue passieren zu lassen.

(Zurufe)

- Das mögen Sie nicht verstehen. Es reicht, wenn die Kolleginnen Herdejürgen und Redmann dies verstehen. Herr Kollege Herbst, ich möchte Ihnen ausdrücklich beipflichten. Kinder- und Jugendpolitik ist nicht nur Problempolitik, sondern sie sollte von uns allen auch mit Spaß und Freude betrieben werden und sich auf alle Felder und nicht nur auf die Problemfelder ausdehnen. Ihre Anmerkungen waren zwar rhetorisch brillant und witzig, aber sie gingen - so fand ich - in der Sache eine Spur vorbei.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kam nicht von ungefähr. In der vergangenen Woche musste der Eindruck entstehen, dass die Landesre-

gierung möglicherweise etwas an den Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen ändern wollte. Ich habe mich bei der zuständigen Ministerin dafür bedankt, dass sie sich gestern ganz klar entschieden und öffentlich dazu geäußert hat, dass das nicht der Fall sein wird. Es musste aber der Eindruck entstehen. Insofern denke ich, es ist für eine Opposition ganz klar legitim zu sagen: Bis hier hin und nicht weiter, jedenfalls nicht mit uns.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der von der Landesregierung vorgelegte **Kinder- und Jugend-Aktionsplan** bestätigt uns darin, dass eine Rahmenplanung das richtige Instrument dafür ist, politische Ziele nicht nur zu planen, sondern sie auch in einem festgesetzten Zeitrahmen erreichen zu wollen, sie umzusetzen und sie auch offen zu halten. Frau Ministerin, ich denke, in allen Bereichen, die wir als politische Querschnittsaufgabe definieren, ist solch ein Rahmenplan notwendig. Wir glauben, dass der Kinder- und Jugendaktionsplan die Möglichkeit bietet, die in den sechs definierten Handlungsfeldern gesteckten Ziele durch entsprechende Initiativen, Projekte und Vorhaben auszufüllen. Die auf die Handlungsfelder abgestimmten Leitprojekte können dabei die Zielrichtung vorgeben. Die Kolleginnen und Kollegen haben es vorher bereits gesagt und ich finde es richtig: Das ist kein abgeschlossener Rahmen, sondern er ist erweiterbar und man kann aktuell auf ihn reagieren.

Ich freue mich besonders darüber, dass mit diesem vorgelegten Kinder- und Jugendaktionsplan allen beteiligten Akteuren ein Stück **Planungs- und Rechtssicherheit** gegeben wird. Das ist gerade in der heutigen Zeit nicht nur, aber auch unter finanzieller Hinsicht sehr wichtig. Wenn wir verlässliche und tragfähige Kooperationsstrukturen und die Bündelung vorhandener Ressourcen wollen, dann darf man sich nicht auf einzelne Modellprojekte beschränken. Auch das tun Sie mit Ihrem Aktionsplan ausdrücklich nicht.

Einzig eine Anmerkung, die keine Kritik sein soll, möchte ich machen. Das soll eine Anregung sein. In der letzten Legislaturperiode hat die Landesregierung zur Situation von Kindern und Jugendlichen hier in Schleswig-Holstein bereits etliche Berichte vorgelegt. Darin wurden regelmäßig eine Fülle von regional abgestimmten Einzel- und Modellprojekten und landesweiten Initiativen vorgestellt und aufgelistet, wie zum Beispiel in den Berichten über die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe, zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, über die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen und über die Angebote der Prä-

(Dr. Heiner Garg)

vention bei Kindern und Jugendlichen. Dabei wurde immer hervorgehoben, dass ein niedrigschwelliges Angebot für Kinder, Jugendliche und Eltern zur Verfügung gestellt werden sollte.

Ich würde mich freuen, wenn wir im Rahmen der Debatte nicht nur im Ausschuss, sondern auch im Rahmen der Weiterentwicklung erfahren, welche Erfahrungen aus eben diesen Projekten möglicherweise in den neuen Aktionsplan einfließen können. Welche Projekte können modifiziert oder mit veränderter Zielsetzung flächendeckend weiter fortgeführt werden? Ich nenne beispielsweise die Projekte „Be Smart - Don't Start“ bei der Sucht- und Drogenprävention im Handlungsfeld „Gesund aufwachsen“. Welche Rolle spielen die Fördernetzwerke zur Integration benachteiligter Jugendlicher in der beruflichen Bildung, „FÖN“, beispielsweise im Handlungsfeld für ganzheitliche Bildung? Was fließt aus den Projekten „Planen mit Phantasie“ oder „Fit für Mitbestimmung“ in das Handlungsfeld Kinderrechte ein?

Inwieweit die sechs Säulen der im Kinder- und Jugendaktionsplan definierten Handlungsfelder tragfähig sind und die Lebensbedingungen von Familien mit Kindern und von Kindern und Jugendlichen verbessern, wird sich in der Praxis zeigen. Es liegt im Übrigen nicht zuletzt an uns, was wir als Parlament daraus machen. Wir glauben, dass der vorgelegte Plan ein guter Ansatz ist, die definierten Ziele zu erreichen. Diesen werden wir gern kritisch begleiten.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Garg. - Für den SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir möchten uns dafür bedanken, dass der Bericht erstellt wurde. Augenscheinlich hat er wirklich deutlich gemacht, welche Handlungsziele sich die Landesregierung für diese Legislaturperiode vorgenommen hat. Kinder und Jugendliche sind in unserem Land in der Minderheit. Nach der Statistik aus dem Jahr 2001 ist nicht einmal jeder Fünfte in Schleswig-Holstein 18 Jahre und jünger. Als ausgewiesene Minderheitenpartei liegt dem SSW natürlich daran, diese Gruppe zu unterstützen. Der SSW macht sich für **Kinder und Jugendliche** stark, weil sie unsere Zukunft sind. Die Kollegin Redmann hat es gesagt: Zukunft ist das Wort, das

wir damit verbinden. Die Politik hat ein existenzielles Interesse daran, Kindern und Jugendlichen angemessene Chancen zu ermöglichen. Viele Kinder und Jugendliche leben in einem stabilen sozialen Umfeld und führen ein behütetes Leben. Gerade auf dem Land können Kinder und Jugendliche gemeinsam die Welt entdecken. Andere Kinder erleben bereits kurz nach der Geburt Ablehnung und Isolation. Ihre Eltern sind überfordert und bedürfen dringend professioneller Unterstützung.

Immer mehr Kinder wachsen in materieller Armut auf, die sie sehr früh aus der Gesellschaft ausgrenzt. Ungefähr jedes sechste Kind unter 15 Jahren lebt in Schleswig-Holstein von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen. Der Landesjugendring und der Kinderschutzbund Schleswig-Holstein haben vor diesem Hintergrund die Idee eines eigenen Kinder- und Jugendplans entwickelt. Die Landesregierung hat diese Idee nun aufgegriffen. Die Sozialministerin hat diesen Plan bei der Auftaktveranstaltung zum **Kinder- und Jugendaktionsplan** am 29. Juni 2005 zu einem der wichtigsten Regierungsvorhaben für die 16. Legislaturperiode erklärt. Das werden die anwesenden Verbandsvertreter gern gehört haben, doch noch fehlen die entsprechenden Maßnahmen.

Der SSW ist davon überzeugt, dass die alten Instrumente der Jugendpolitik angesichts des sozialen Wandels nichts mehr taugen. Immer mehr Kinder ziehen sich von den klassischen Jugendverbänden zurück und wollen nichts mit Jugendfeuerwehr, Sportverein oder Jugendzentrum zu tun haben. Hier ist wirklich Einfallsreichtum gefragt. Meiner Ansicht nach sind auch unbedingt finanzielle Mittel gefragt. Es sind Mittel gefragt, die nicht nur kurzfristig und für eine kurze Zeit gewährt werden, sondern Mittel, die nachhaltig eingesetzt werden. Modellprojekte dienen, wie ihr Name sagt, als Modell für eine flächendeckende Maßnahme oder ein flächendeckendes Angebot. Man darf sie also nicht mit dem Regelprojekt verwechseln, das ihnen folgen soll. Die Landesregierung begeht an manchen Stellen des Kinder- und Jugendplans aber genau diesen Fehler.

Ich möchte hier ein Beispiel herausgreifen, über das wir gestern schon geredet haben. Das Flensburger **Projekt „Schutzengel“** steht jungen Müttern bei der Erziehung tatkräftig zur Seite. Es geht dabei mehr als nur um ein Netzwerk und um eine Begegnungsstätte. Es geht darum, für die Mütter auch außerhalb von Büroöffnungszeiten und Sprechstunden da zu sein. Die Europäische Kommission hat das Projekt ausgezeichnet und vor Ort besucht. Die Sozialministerin lobte es seinerzeit als Juwel. Es ist

(Lars Harms)

aber ein Juwel, das beim Betreuungspersonal kaum Kontinuität realisieren kann. Wegen offener Finanzierungsfragen können mit den Betreuerinnen immer nur kurzfristige Verträge abgeschlossen werden; so sieht die Realität in Flensburg derzeit aus. Die Landesregierung will das „Schutzengel“-Projekt auf ganz Schleswig-Holstein ausweiten. Der Aktionsplan kündigt an, dass im Herbst Fragen der Finanzierung erörtert werden. Der SSW fordert die notwendige Aufstellung eines realistischen Kostenplans, der selbstverständlich auch die Einstellung professioneller Unterstützer beinhaltet. Die Ankündigung einer Erörterung über die Finanzierung ist erst einmal noch zu wenig.

Ich habe dieses Beispiel vertieft, weil es symptomatisch für die gesamte Ausrichtung des Planes ist. Die Aufforderung der Ministerin lautet: Setzt euch zusammen, dann wird es schon werden! Schaut euch die guten Beispiele im Land an und macht es genauso! - Das ist die Aufforderung zur Selbstausschöpfung. Für die wenigen Profis und die vielen Ehrenamtler, die im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik tätig sind, ist das aber der falsche Weg. Zwei Leuten fällt doppelt so viel ein wie einem allein, das stimmt schon, darum begrüßt der SSW ausdrücklich die Bündelung von Aktivitäten und Kooperationen, aber allein damit ist es nicht getan, auch wenn das schön bequem und billig für die Politik ist. Aufsuchende Hilfe kostet Geld. Wer es ernst damit meint, der nachfolgenden Generation angemessene Lebenschancen zu eröffnen, muss sagen, was die Politik zu tun bereit ist. Investitionen in Kinder- und Jugendpolitik sind genauso viel wert wie Millionen, die wir in ein Infrastrukturprojekt investieren.

Ich möchte noch ein Beispiel anführen. Unter Punkt 2.5.1., „Armutrisiken vermeiden“, führt die Landesregierung nicht eine einzige konkrete Maßnahme zur **Vermeidung von Armut** an. Stattdessen Konferenzen, Unterstützung und Konzepte, die erarbeitet werden. Ich weiß, wie schwer in diesen Zeiten die Mobilisierung von Haushaltsmitteln ist, aber als Abgeordneter erwarte ich von einem Plan der Landesregierung konkrete Zahlen und Maßnahmen. Das ist schließlich keine Broschüre, sondern eine Festlegung des jugendpolitischen Weges, den sich diese große Koalition vorgenommen hat - nicht nur die Ministerin allein, sondern die ganze Truppe.

(Holger Astrup [SPD]: Falsch verstanden, Herr Kollege! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich glaube nicht, dass ich das falsch verstanden habe. Das ist eure Politik, die ihr hier durchführen wollt, und die darf nicht bei Konferenzen stehen

bleiben, sondern ihr müsst dann auch Haushaltsmittel bereitstellen.

In der Zusammenfassung des Planes ab Seite 58 steht es auch klipp und klar: Die Landesregierung versteht ihre Rolle in der Kinder- und Jugendpolitik vor allem darin, Ansprechpartner zu benennen und Kooperationsstrukturen zu fördern. Das ist zu wenig, um wirklich etwas an der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen zu ändern. Hier muss nachgearbeitet werden.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich darf an die Redezeit erinnern, Herr Harms.

Lars Harms [SSW]:

Zu guter Letzt auch noch vom SSW ein Wort zu der Überlegung der Landesregierung bezüglich **Bürokratieabbau** und **§ 47 f Gemeindeordnung**. Es ist eindeutig der falsche Schritt in die falsche Richtung. Er sendet ein verheerendes Signal in Sachen Kinderfreundlichkeit, und das in einem Bereich, wo Schleswig-Holstein einmal die Vorreiterrolle hatte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht alles, was Geld kostet, ist gleich Bürokratie. Das sollten sich die so genannten Experten, die diesen Vorschlag gemacht haben, sich hinter die Ohren schreiben.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der SSW fordert daher alle in diesem Hause auf, diesen Vorschlag des Bürokratieabbau-Staatssekretärs nicht zu übernehmen.

Damit ansonsten nicht ein falscher Zungenschlag entsteht: Wir sehen den Plan sehr, sehr positiv. Wir finden es auch in Ordnung, dass Ziele festgelegt werden. Wir wollen nur anmahnen, das mit diesen **Zielen** irgendwann **Finanzmittel** zu verbinden sind. Da müssen wir Sozialpolitiker uns dann auch einig sein. Die müssen zur Verfügung gestellt werden nach genau den gleichen Berechnungen wie Wirtschaftsförderung und andere Geschichten.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für einen Kurzbeitrag hat die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abgeordnete Anne Lütkes, das Wort.

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mein lieber junger Kollege Herbst, Herr Staatssekretär Schlie hat im Innen- und Rechtsausschuss Gelegenheit gehabt, den Plan zur Entbürokratisierung vorzulegen. Er hat die Gelegenheit versäumt, wohl nicht aus eigenem Verschulden, sondern verursacht durch das Kabinett. Insofern halten wir die große Koalition und ihre Vertreter all überal im Land an dem fest, was gesagt worden ist. Ich war schlicht dabei, als Herr Schlie es als einen bedenkenswerten Vorschlag postuliert hat, **§ 47 f der Gemeindeordnung** abzuschaffen mit der Begründung

(Wortmeldung des Abgeordneten Holger Asstrup [SPD])

- ich habe leider keine Zeit für Zwischenfragen, aber wir können uns gleich unterhalten -, er transportiere doch einen sehr intensiven bürokratischen Apparat. Das ist eine Aussage, die steht. Solange die hier nicht hieb- und stichfest zurückgenommen wird, halten wir unseren Antrag aufrecht und werden Sie heute auch bitten, in der Sache zu entscheiden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Antrag sagt nichts anderes, als dass wir - im Klartext - sehr begeistert sind, dass die Jugendministerin sagt, die Vorreiterrolle Schleswig-Holsteins gerade in der Beteiligungspolitik sei nach wie vor wichtig und für die weitere **Entwicklung einer Beteiligungskultur** sei § 47 f unverzichtbar. Das ist meine langjährige Auffassung. Das deutsche Kinderhilfswerk, Vertragspartner des Landes Schleswig-Holstein in Sachen Demokratieentwicklung, ist auch dieser Auffassung. Ich kann das aus eigenem Recht hier sagen. Es ist ein schlichter Versuch, Herr Herbst, ein leicht arroganter Versuch, hier davon abzulenken, dass die CDU hierzu keine eindeutige Position bezogen hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Kommen Sie doch nach vorne und sagen Sie: Wir, die CDU-Fraktion, lehnen den in der Welt befindlichen Vorschlag des Staatssekretärs, § 47 f der Gemeindeordnung schlicht zu streichen, ab. Denn Streichen, Herr Herbst, ist etwas ganz anderes als die Bezeichnung verbesserungswürdig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die Beteiligungspolitik in diesem Lande weiterhin entwickelbar ist, zeigt der Aktionsplan. Da haben wir mit der SPD-Fraktion, mit der FDP, mit

dem SSW keinerlei Dissens, aber dass diese gesetzliche Grundlage ein bundesweit erster Einstieg war und ist, um Beteiligungspolitik vor Ort verpflichtend zu machen, das ist unstrittig und nach wie vor notwendig. Also erwarte ich von Ihnen, dass Sie sagen - wer auch immer, aber vertreten durch Herrn Schlie, nicht irgendwer, immerhin ein Staatssekretär der Landesregierung -, dieser Vorschlag wird gemacht, er ist falsch; wir, die große Koalition, werden nicht mitmachen und das Gesetz an diesem Punkt nicht ändern. Wenn Sie das hier so erklären, brauchen wir unseren Antrag nicht aufrechtzuerhalten, aber offensichtlich ist der Antrag nach wie vor notwendig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Sandra Redmann.

Sandra Redmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Lütkes, ich habe es nach wie vor nicht verstanden und ich finde, diesen Vortrag, den Sie eben gebracht haben - es tut mir Leid, dass ich jetzt diese Wortwahl nehmen muss -, ist schon albern. Das wäre genauso, als wenn Frau Herdejürgen in der nächsten Landtagsitzung behauptet, wir haben nicht Februar, sondern März, und wir beschließen dann hier im Landtag noch einmal ausdrücklich, dass wir Februar haben.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Entschuldigung, das ist albern. Wir haben eine gültige Kommunalverfassung. Wir haben Beschlüsse sowohl im Kabinett als auch in diesem hohen Haus.

(Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Moment, hallo, alte Beschlüsse, ich kenne keine neuen Beschlüsse dazu.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Hentschel, ich weiß nicht, worüber Sie reden, welche Informationen Sie haben oder wo Sie dabei gewesen sind. Das ist mir auch völlig egal.

Ich darf es einmal ausführen. Es ist Bestandteil - das hat Herr Herbst sehr deutlich gesagt - unseres Koalitionsvertrages. Er hat auch für die CDU-Fraktion ausgeführt, dass wir zu diesem Punkt stehen. Was wollen Sie denn jetzt eigentlich beschließen?

(Sandra Redmann)

(Beifall bei SPD und CDU)

Das ist wirklich geradezu aberwitzig. Sie haben jetzt die Aussage sowohl des jugendpolitischen Sprechers der CDU als auch der SPD unter Applaus von beiden, dass wir dazu stehen. Es tut mir Leid, ich kann das nicht mehr nachvollziehen.

(Beifall bei SPD und CDU - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat Niclas Herbst.

Niclas Herbst [CDU]:

Albern ist, glaube ich, ein ganz gutes Wort für das, was gerade passiert. Zumindest haben Sie jetzt eines erreicht: Über den Kinder- und Jugendaktionsplan redet hier niemand mehr. Wenn das Ihr Interesse war, kann ich nur sagen, dann sollten Sie darüber nachdenken, wie Sie Politik machen.

Ich glaube, Sie haben nicht zugehört. Ich habe gesagt - und das wiederhole ich -: Der § 47 f steht nicht zur Disposition. Das ist ein einfacher Hauptsatz, den kann man verstehen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es ist alles drin, Subjekt, Prädikat, es ist eine klare Aussage. Sie haben gesagt, dann müssten Sie Ihren Antrag nicht aufrechterhalten. Sie können auch gern im Protokoll nachsehen, ob ich das in meinem ersten Beitrag so gesagt habe. Ich schlage vor, dass wir diesen Antrag doch in den Ausschuss übernehmen, weil wir dann die Gelegenheit haben, wenn Ihnen meine Aussage nicht reicht, zu überlegen, wie wir § 47 f mit Leben füllen können. Das ist doch viel interessanter, als hier zu sagen, der hat dann das gesagt, da ist im Kabinett noch das unklar. Das ist doch keine Art, wie man Politik macht.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Und dann muss man Klaus Schlie eines zugute halten. Er hat die Diskussion sozusagen aufs Tablett gebracht. Er ist auch ein erfahrener Kommunalpolitiker und weiß, wovon er redet. Lassen Sie uns deshalb doch einmal gemeinsam davon reden, wie wir das mit Leben erfüllen, wie wir § 47 f so ausgestalten, dass er Sinn macht. Ansonsten noch einmal meine Aussage, Subjekt, Prädikat, Hauptsatz, alles drin: § 47 f Gemeindeordnung steht derzeit nicht zur Disposition.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Holger Astrup.

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich ist in der Tat schon alles gesagt. Manche Leute reden gern über Dinge, die sie eigentlich deshalb nicht hätten erzählen müssen, weil sie schon gesagt sind. Herr Kollege Herbst hat in seinem jugendlichen Überschwang - eigentlich müsste er ja Frühling heißen -

(Heiterkeit)

schon in seinem ersten Redebeitrag deutlich gemacht, was Sache ist. Unsere Seite - Frau Redmann hat darauf hingewiesen - versteht Folgendes überhaupt nicht:

Es gibt null Veranlassung, zu diesem Zeitpunkt über den § 47 f, an dessen Entstehen ich massiv beteiligt war, Frau Kollegin, oder einen anderen Paragraphen aus der Gemeindeordnung überhaupt zu reden. Der Kollege Herbst hat gesagt: Der Paragraph steht nicht zur Disposition.

Der Staatssekretär, dessen Namen Sie hier erwähnt haben, hat selbstverständlich die Aufgabe, Vorschläge zu machen. Wenn die Zahl - ich kenne sie nicht - von 860 Vorschlägen stimmt, dann ist das eben der 859. Es gibt überhaupt keine Veranlassung, zum heutigen Zeitpunkt darüber zu reden.

Sie bringen uns aber in eine Schwierigkeit. Eigentlich müsste man diesen Antrag ablehnen, weil es keine Veranlassung gibt. Jetzt wird er überwiesen - Ende der Durchsage. Das ist überhaupt kein Problem. Alle Fraktionen haben hier erklärt, sie wollen nicht, dass sich an dieser Stelle etwas ändert. Herr Gott noch mal, was wollen Sie denn noch alles?

(Beifall)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich verzichte auf meinen Kurzbeitrag! Meine Vorsitzende wird etwas zum Verfahren sagen!)

- Gut. - Will BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN etwas zum Verfahren sagen? - Bitte!

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unter der Prämisse, die der liebe Kollege Herbst gerade gebracht hat, sind wir mit einer Ausschussüberweisung einverstanden. Ihren Vorschlag nehmen wir insofern gern auf.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Wunderbar, das erleichtert die Arbeit. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden, und zwar sowohl des Berichts der Landesregierung in der Drucksache 16/416 als auch des Antrages der Grünen in der Drucksache 16/537, und zwar in den Sozialausschuss federführend und - hören Sie zu; da kommt Arbeit auf Sie zu - in alle anderen Ausschüsse zur abschließenden Beratung. Ist das so richtig? - Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so geschehen.

Ich bedanke mich und rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Bericht über die trilaterale Wattenmeerzusammenarbeit

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/418

Ich erteile dem Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eines klarstellen: Die Landesregierung bekennt sich auch zur trilateralen Wattenmeerzusammenarbeit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage das, damit das anschließend nicht infrage gestellt wird, weil vielleicht jemand die Botschaft nicht verstanden hat.

Es gibt seit über 25 Jahren eine erfolgreich bestehende Kooperation der Wattenmeeranrainerstaaten Deutschland, Dänemark und Niederlande zum Schutz und zur Entwicklung des Wattenmeeres.

(Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie etwas leiser reden?)

- Dann muss jemand das Mikro ein bisschen leiser stellen; ich drehe es auch gern ein Stück weg.

Das beruht natürlich vor allem auf der Erkenntnis, dass das Wattenmeer ein einzigartiger schützenswerter Lebensraum ist, dass wir das Ganze als grenzüberschreitende, auch ökologische Einheit erkennen müssen und dass es natürlich nach wie vor ein Wirtschaftsraum, ein Verkehrsraum ist, der uns alle gemeinsam angeht.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Im dem vorliegenden Bericht über die **trilaterale Wattenmeerzusammenarbeit**, der auf Antrag des SSW erstellt wurde, sind Ziele, Struktur und Inhalte der Regierungskooperation zusammengefasst. Die Ergebnisse der 10. Trilateralen Regierungskonferenz sind ebenso enthalten wie wichtige Projekte der Kooperation.

Zur Verdeutlichung möchte ich die Hierarchien und die Bereiche der Arbeit kurz darstellen. Die trilaterale Wattenmeerzusammenarbeit ist zunächst eine **Kooperation auf Regierungsebene**. Federführend für die Bundesrepublik ist das Bundesumweltministerium. Wir Schleswig-Holsteiner sind - genau wie Hamburg und Niedersachsen - Teil der deutschen Delegation. Ich will das nur deutlich machen, weil Schleswig-Holstein und die Bundesebene in dem Antrag des SSW ein bisschen durcheinander geraten sind.

Wir stimmen uns selbstverständlich mit den Kreisen an der Westküste, Dithmarschen und Nordfriesland, ab, dabei natürlich besonders mit dem Nationalparkkuratorium.

Die **Landkreise** sind wiederum als Gebietskörperschaften nicht Mitglied dieser Regierungsdelegationen. Aber sie arbeiten über das **Wattenmeerforum** natürlich mit. Dort wird eine Zuarbeit geleistet. Dort werden die Interessen der Regionen und zahlreicher anderer organisierter Gremien vertreten.

Deutschland - das ist ab diesem Jahr das Besondere - wird nun für vier Jahre den Vorsitz der trilateralen Wattenmeerkooperation übernehmen und gleichzeitig - auch da stimmt dann die Klammer wieder - wird der Landrat des Kreises Dithmarschen, Herr Dr. Klimant, den Vorsitz im Wattenmeerforum übernehmen. Das ist für uns im Norden eine große Chance. Das ist für uns eine große Chance, unsere Ideen und Interessen einzubringen und die Wattenmeerpolitik in Zukunft vernünftig zu gestalten.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

Was sind die Schwerpunkte der deutschen Politik? Zunächst einmal unterhalten wir uns - vor allem Deutschland mit den Niederlanden - über die Vorbereitung einer Ausweisung des Wattenmeers als Weltnaturerbe. Sie wissen, dass es eine enge Zusammenarbeit mit kommunalen und regionalen Behörden und Interessenvertretern gibt. Ziel ist es dabei, bis Ende 2007 einen offiziellen Antrag auf Anerkennung wesentlicher Teile des Wattenmeers als **Welterbe** an die UNESCO zu stellen und somit eine Benennung bis zur nächsten Regierungskonferenz Anfang 2010 zu erreichen. Wir sagen allerdings auch ganz deutlich, dass wir dafür die Unterstützung aus den verschiedenen Regionen, vor allem von den Menschen vor Ort, benötigen.

In Schleswig-Holstein hat der Kreis Dithmarschen bereits entschieden, sich an diesem Verfahren zu beteiligen. Im Kreis Nordfriesland ist noch keine abschließende Entscheidung getroffen worden. Noch einmal: Wichtig an der Stelle ist uns, die Menschen vor Ort auf diesem Weg mitzunehmen. Das haben wir im Koalitionsvertrag miteinander verabredet.

Dänemark will sich an diesem Prozess zunächst noch nicht beteiligen. Das zeigt, dass es an der Stelle noch kein einheitliches Vorgehen gibt. Das ist aber auch nicht so schlimm; denn gemäß den UNESCO-Richtlinien ist auch eine nachträgliche Erweiterung des Welterbegebietes sowohl während als auch nach Abschluss des offiziellen Nominierungsverfahrens möglich. Das heißt, es ist auch ein gestaffeltes Vorgehen bei der Anmeldung möglich. Uns ist wichtig, dass die Menschen vor Ort in die Diskussion und auch in die Entscheidungsfindung eingebunden werden.

(Beifall bei CDU und SSW)

Ein sehr wichtiges Thema ist dabei auch die Fortsetzung des Wattenmeerforums. Neben dem Schutz des Wattenmeers hat in den letzten Jahren insbesondere der Aspekt der nachhaltigen Entwicklung und des Wirtschaftens eine wichtige Rolle gespielt. Es wird derzeit in verschiedenen Themenfeldern gearbeitet: Landwirtschaft, Fischerei, Energie, Industrie- und Hafenentwicklung, Politik und Management. All das gehört zu einer solchen integrativen Politik dazu. Wir als Land Schleswig-Holstein wollen an dieser Stelle unseren Beitrag leisten.

Einen Punkt möchte ich noch nennen. Das ist die Fortführung der **internationalen Wattenmeerschule**. Kern des Projektes ist vor allem ein Austausch von Schülerinnen und Schülern aus Deutschland, Dänemark und den Niederlanden, die auf Klassenfahrten die unterschiedlichen Lebensräume

und vor allem den Lebensraum Wattenmeer kennen lernen sollen.

Zum Schluss noch einmal: Für uns ist wichtig, dass wir gemeinsam europäische Meerespolitik umsetzen, dass wir europäisches Recht - auch das ist beschlossen - eins zu eins umsetzen und anwenden und dass wir in dieser erfolgreichen Kooperation auch in den nächsten Jahren fortgesetzt handeln. Wir als Schleswig-Holsteiner wollen unseren Anteil in der nationalen Delegationen leisten.

(Beifall bei CDU, SPD, SSW und des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Präsident Martin Kayenburg:

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellenden Abgeordneten dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren in diesem Haus sehr oft und sehr intensiv die grenzüberschreitende Zusammenarbeit; das haben wir heute auch schon getan. Dabei hat man nicht sehr oft die Nordseekooperation und damit auch die **trilaterale Wattenmeerkooperation** im Auge. Diese Kooperation gibt es auf nationaler Ebene seit 1978. Aus dieser Kooperation haben sich die regionale Zusammenarbeit der drei Staaten und auch die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit herausgebildet. Diese Zusammenarbeit ist ein klassisches Beispiel dafür, wie sich der SSW grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorstellt.

Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Dänemark und den Niederlanden ist auf allen Ebenen institutionell verankert. Doch werden immer alle Ebenen an den Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen beteiligt. Das hat zu einer hohen Akzeptanz der Zusammenarbeit im Nordseeraum geführt und bildet inzwischen die Grundlage für ökologische, kulturelle und auch wirtschaftliche Aktivitäten, die der ganzen Region zugute kommen und die in der Vergangenheit auch Arbeitsplätze und Einkommen in der Region geschaffen haben.

In der **trilateralen Zusammenarbeit** wird das verwirklicht, was wir uns in anderen Zusammenhängen in anderen grenzüberschreitenden Aktivitäten noch wünschen. Deshalb ist es gerade auch für das Land Schleswig-Holstein so wichtig, sich in den Feldern, die diese Zusammenarbeit berühren, eindeutig zu positionieren.

(Lars Harms)

Hier hat es in der Vergangenheit gerade durch das Land Schleswig-Holstein wichtige Impulse gegeben, wie zum Beispiel bei der Erstellung des Trilateralen Wattenmeerplanes 1997, der nicht nur ökologische Maßnahmen und Ziele formulierte, sondern auch Aussagen zur sozioökonomischen und kulturellen Entwicklung der Wattenmeerregion machte. 2001 war unser Land einer der Vorreiter, als es um die Ausweisung des Wattenmeers als besonders empfindliches Meeresgebiet ging.

Es gibt drei große Bereiche, in denen sich das Land Schleswig-Holstein auch in Zukunft positionieren muss und sollte. Der wichtigste und emotionalste Bereich ist dabei sicherlich die Ausweisung des Wattenmeeres als **Welterbegebiet**. Beschlusslage bei uns ist, dass nur das ganze Wattenmeergebiet ausgewiesen werden sollte und das auch nur, wenn die breite Unterstützung der Region vorhanden ist. Bisher gibt es diese nicht und deshalb müssten wir eigentlich das Ansinnen ablehnen, nur Teile des Wattenmeeres als Welterbegebiet auszuweisen.

Ich glaube allerdings, lieber Kollege Hentschel, dass wir eher einen Prozess brauchen, der der Aufklärung der Bevölkerung dient und der dann zu einer breiten Zustimmung führen kann.

(Beifall beim SSW)

Die Vorteile liegen auf der Hand. Eine **Ausweisung als Welterbe** bringt natürlich touristische Chancen. Nach meiner Auffassung sollte es dabei nicht nur um ein Weltnaturerbe, sondern auch um ein Weltkulturerbe gehen. Dies wäre einmalig und auch berechtigt, weil das Wattenmeer eben eine Natur- und Kulturlandschaft ist. Herr Minister, das teilt uns: Das, was im Nationalpark Wattenmeer als Welterbe ausgewiesen würde, könnte man an Land - ohne dortige Ausweisung - exemplarisch darstellen und touristisch vermarkten. Deiche, Warften, Natur, Kultur, Geschichte, Sprachenvielfalt - da gibt es viele Ansätze, die wir nutzen könnten.

Ein zweiter Punkt ist das Gebiet des **Küstenschutzes**. Der Bericht macht deutlich, dass sich dieses Thema durch viele der Initiativen in der trilateralen Zusammenarbeit zieht. Auch hier gibt es einen Teilbereich des Küstenschutzes, der weder in den Niederlanden noch in Deutschland oder Dänemark umfassend und abschließend bearbeitet worden ist, Sie ahnen es: der der alternativen Küstenschutzmethoden.

Der Bericht stellt auf Seite 15 fest, dass eine Arbeitsgruppe neue Küstenschutzmaßnahmen, die sowohl technisch sinnvoll sind als auch minimale ökologische Auswirkungen haben, nicht ermittelt hat. Das heißt, hier gibt es noch viel zu tun, zumal

sowohl an den norddeutschen Universitäten in diesem Bereich geforscht wurde und wird und es auch in anderen Ländern durchaus gute Erfahrungen mit alternativen Küstenschutzmaßnahmen gibt. Ich verweise hier nur

(Rolf Fischer [SPD]: Dänemark!)

- richtig, Herr Kollege Fischer! - auf unsere Ausschussreise nach Dänemark, auf der wir uns von der Wirkungsweise von Drainagesystemen als Ersatz oder Ergänzung von Sandvorspülungen überzeugen konnten.

Der dritte Punkt ist die **Kultur** und die **touristische Entwicklung**. Der Nordseeraum ist ein kulturell vielfältiger Raum, in dessen Einzelregionen viele Sprachen gesprochen werden und in denen es viele verschiedene kulturelle Highlights gibt. Durch das Projekt „Lancewad“ hat man seinerzeit das kulturgeschichtliche und landschaftliche Erbe der Region quasi katalogisiert, und man will nun - das ist das Wichtige der letzten Konferenz - einen „Lancewadplan“ aufstellen, der konkrete Strategien in Bezug auf den Schutz und die Förderung der kulturellen Vielfalt in der Region beinhalten soll. Schon im Trilateralen Wattenmeerplan von 1997 sind Ansätze hierzu vorhanden. Hier steckt jede Menge Potenzial zur Entwicklung der Westküste mit ihrer sprachlich-kulturellen Vielfalt. Wenn nicht das Land Schleswig-Holstein, wer dann, sollte hier eine Vorreiterrolle einnehmen, zumal hierin auch große Chancen für den Tourismus liegen.

Die Arbeit, die in der trilateralen Zusammenarbeit geleistet wurde, bietet eine hervorragende Grundlage, um hier einen Schwerpunkt der Landespolitik zu setzen. Die Nordseekooperation ist genauso eine Chance für das Land wie die Ostseekooperation. In diesen Zweig der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit muss die Landesregierung in Zukunft einen ihrer Schwerpunkte legen und konkrete Maßnahmen entwickeln. Deshalb haben wir diesen Bericht eingefordert.

Ich bitte, den Bericht in den Wirtschaftsausschuss und in den Umweltausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Axel Bernstein.

Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schön zu hören, wie groß die Einigkeit bei diesem Thema ist zwischen Regierung, dem Kollegen Lars Harms und auch meinem Beitrag sein wird. Ich habe die Vermutung, das wird auch so weitergehen. Ich bin fast froh, als Dritter dran zu sein. Der Vierte oder Fünfte wird es fast ein bisschen schwer haben, noch neue Aspekte lobend hervorzuheben.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Der Kollege Hentschel macht das schon!)

- Da könnte noch etwas Spannendes kommen, das ist wahr.

In seiner naturgeschichtlichen Entstehung hat das **Wattenmeer** wenig Rücksicht auf die europäische Landkarte des 20. und 21. Jahrhunderts genommen. So erstreckt sich heute ein bedeutsamer schützenswerter Lebensraum über das Gebiet dreier Nationalstaaten und zahlreicher binnenstaatlicher Strukturen. Die ähnliche Landschaft entlang der Küste hat mit ihren ähnlichen Nutzungsmöglichkeiten, aber auch ihren ähnlichen Bedrohungen für die Menschen eine Vielzahl kultureller Gemeinsamkeiten entlang des Wattenmeeres hervorgebracht. So war es auch nahe liegend, vergleichsweise früh in den 70er-Jahren eine **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** zum Schutz und Erhalt des Wattenmeeres einzurichten.

Auf den Regierungskonferenzen der vergangenen Jahre sind wichtige Grundlagen für eine nachhaltige, effektive und schlanke Zusammenarbeit in der Wattenmeerregion gelegt worden. Die Partner von deutscher, dänischer und niederländischer Seite haben sich auf gemeinsame Leitprinzipien verständigt, die die natürlichen Prozesse im Ökosystem Wattenmeer schützen und schützen sollen. Gemeinsame Prinzipien zum Management und zur Nutzung des Gebietes wurden vereinbart. Ein gemeinsames Monitoring hat es ermöglicht, wertvolle Erfahrungen zu sammeln, die uns heute dabei helfen, aktuellen europaweiten Monitoring-Anforderungen gerecht zu werden.

Auf der letzten Ministerkonferenz wurde eine Erklärung verabschiedet, die die künftigen Arbeitsschwerpunkte festlegt. Auf die einzelnen Schwerpunkte brauche ich jetzt nicht näher einzugehen. Sie finden sie in dem sehr umfassenden und informativen Bericht des Ministeriums, für den ich mich an dieser Stelle sehr herzlich bedanken möchte.

Zwei Schwerpunkte möchte ich dennoch kurz aufgreifen, nämlich einmal die schon angesprochene vorgesehene Nominierung des Wattenmeeres als **Weltnaturerbe**, die wir ausdrücklich begrüßen.

Wenn wir in diesem Hause über Chancen und Perspektiven der Westküste diskutiert haben, zeichnet sich hier genau eine solche Chance ab. Mögliche touristische Impulse wurden bereits angesprochen. Besonders positiv hervorzuheben ist die ausdrückliche Beteiligung der kommunalen Ebene in diesem Nominierungsprozess.

Als Zweites möchte ich auf die zahlreichen Möglichkeiten hinweisen, die die Wattenmeerzusammenarbeit für die Bildung bietet. Die **internationale Wattenmeerschule** soll fortgeführt werden und die Ansätze für Bildung und nachhaltige Entwicklung, die sich in der Region geradezu aufdrängen, sollen weiterentwickelt werden. Deutschland wird bis 2010 den Vorsitz der trilateralen Wattenmeerkooperation übernehmen. Den Leitgedanken dieses Vorsitzes, das Erreichte zu konsolidieren und nicht mit zusätzlichen Zielsetzungen zu überfrachten, unterstützen wir ausdrücklich.

Unser Ansatz, Verfahren zu optimieren, Strukturen zu verschlanken und den Umfang an Vorgaben und Regelungen auf das unbedingt Nötige zu reduzieren, gilt auch hier. Neben der Regierungskooperation lebt die Wattenmeerkooperation von der Beteiligung der Kommunen, vieler Vereine, Verbände und Bürger. Diese Stimmen aus der Region bündeln sich effektiv im Wattenmeerforum. Diese Beteiligung schafft Akzeptanz. Sie bringt die berechtigten Interessen der Menschen, die in der Wattenmeerregion leben und wirtschaften, in die Kooperation ein. Die künftige Bündelung aller Aktivitäten auf unterstaatlicher Ebene, mit Ausnahme der EUREGIO, im Wattenmeerforum ist sicher zu begrüßen. In der Vergangenheit fühlte sich die Region häufig durch Papiere, die ausschließlich in englischer Sprache vorlagen, nicht ernst genommen und nicht ausreichend informiert. Ich freue mich, dass es offenbar gelungen ist, hier eine neue Basis zu finden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Wir wollen die erprobten Strukturen der Kooperation nutzen, um die EU-Umweltrichtlinien, dort wo es Synergien gibt, gemeinsam umzusetzen. Das kann und soll sich auch positiv auf den Landeshaushalt auswirken. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bietet immer Anlass und Chance, eigene Strukturen, Verfahren und Standards zu überprüfen. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass die Landes- und Bundesregierung diese Chance nutzen wollen.

(Axel Bernstein)

Einen Punkt - Kollege Harms sprach ihn bereits an - möchte ich auch noch einmal aufgreifen: Die aktuelle offizielle Position im **Küstenschutz** ist, dass bislang keine Maßnahmen ermittelt worden sind, die ökologisch, technisch und ökonomisch sinnvoller als die bisher angewandten sind. Die Mitglieder des Umwelt- und Agrarausschusses haben dagegen den Eindruck gewonnen, dass man in Dänemark Verfahren anwendet, deren ernsthafte Prüfung auf Anwendbarkeit auch in Schleswig-Holstein lohnt.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das Ministerium reagiert bereits auf diese Anregung. Wir hoffen auf positive Ergebnisse.

(Beifall bei CDU und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Herrn Abgeordneten Detlef Buder das Wort.

Detlef Buder [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer hätte zu Beginn der Diskussion um das Wattenmeer - vergegenwärtigt man sich die Diskussion an der Küste - vermutet, dass sich die **trilaterale Wattenmeerzusammenarbeit** nachträglich als Erfolgsstory herausstellen würde.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Es ist an der Küste nicht immer alles so unstrittig gewesen, wie wir das heute betrachten.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Die Vorgehensweise!)

- Ich habe gelernt, dass ich nicht auf alle Zwischenrufe reagieren soll.

(Heiterkeit)

Ich bedanke mich ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Umweltministeriums für diesen lesenswerten Bericht, den man auch noch ergänzen könnte und sollte

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Durch Fotos!)

- nicht durch Fotos, Herr Abgeordneter -, und zwar vielleicht um die Ministererklärung der 10. Trilateralen Regierungskonferenz. Dann hätte man ein abgerundetes Bild in diesem Bereich und könnte dort entsprechend weiterarbeiten. Ich darf daran erinnern, dass die drei Anrainerstaaten seit 1978 zusammenarbeiten, um unser einzigartiges Watten-

meer zu schützen und nachhaltig zu entwickeln. Natur und Umwelt kennen keine staatlichen oder kommunalen Grenzen, daher ist diese internationale Form der Zusammenarbeit ausdrücklich zu begrüßen und fortzusetzen.

In der **trilateralen Wattenmeerzusammenarbeit** wirkt für Deutschland der Bund in Gemeinschaft mit den Bundesländern mit. Die Kreise in Schleswig-Holstein spielen eine besondere Rolle, sie sind aber keine direkten Aufgabenträger. Wichtig sind die Kreise jedoch insbesondere für die Verankerung der Ziele der Zusammenarbeit in den betroffenen Regionen. Nun ist nicht unbekannt, dass ich aus Dithmarschen komme. Die Dithmarscher sind in manchen Bereichen vielleicht etwas weiter als andere Regionen.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Jasper [CDU])

Für mich liegt eine große Chance - vor allen Dingen für den Tourismus, um das unter ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten - in dem Projekt, das Wattenmeer als **Weltnaturerbe** anzumelden. Ungeachtet der vorlaufenden Diskussionen sollten die Chancen vor Ort noch stärker erkannt und genutzt werden. Der Minister hat vorhin darauf hingewiesen, dass wir in Dithmarschen einen Beschluss in diesem Bereich gefasst haben, unter anderem auch unter dem Gesichtspunkt der Weiterentwicklung des Tourismus, als Wirtschaftskraft.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Wir haben vorhin gehört: Es nutzt nichts, dass wir ständig jammern und weinen. Wir müssen auch im wirtschaftlichen und ökonomischen Bereich voranschreiten. Dort sehen wir eine Möglichkeit der Weiterentwicklung.

In der kommenden deutschen Präsidentschaft in der trilateralen Wattenmeerkooperation wird der Dithmarscher Landrat Dr. Jörn Klimant den Vorsitz im **Wattenmeerforum** übernehmen. Ich bin mir sicher, dass er hier als Motor für den Gedanken des Weltnaturerbes wirken wird, und wünsche ihm von dieser Stelle viel Erfolg dabei, die vor allem in Nordfriesland noch ausstehende Entscheidung positiv beeinflussen zu können. Ich bin mir sicher, dass es dort zu einer positiven Beeinflussung kommen wird.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Auch dort muss - vielleicht anders als in der Vergangenheit - intensiv miteinander gesprochen, dis-

(Detlef Buder)

kutiert und gerungen werden, um zu einvernehmlichen Beschlüssen zu kommen.

An dieser Stelle möchte ich auch auf die aktuelle Diskussion um die mögliche **Kommunalisierung** des **Nationalparkamtes** und des **Nationalpark-Service** eingehen. Das gehört natürlich mit dazu. Das darf man nicht ausklammern, deshalb ist es vielleicht ganz gut, an dieser Stelle über die Problematik zu reden. Diese beiden Institutionen haben sich in der Vergangenheit als Eckpfeiler für den Nationalpark und das Wattenmeer insgesamt verdient gemacht und genießen ein hohes Ansehen in der Bevölkerung, aber auch im Tourismus, bei den Gästen unseres Landes. Es wäre für mich daher unverständlich, wenn diese Einrichtungen nicht mehr unter der Regie des Landes verbleiben und stattdessen unter kommunaler Hoheit zersplittert werden sollten.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Andere Bundesländer haben uns den Weg gewiesen. So sind in Niedersachsen und in Bayern die Nationalparkämter in Landeshoheit verblieben, so wie in allen anderen Bundesländern auch. Dies sollte auch in Schleswig-Holstein für die Zukunft gelten.

Wir stehen fest zur Idee des Wattenmeeres als Weltnaturerbe und haben gemeinsam im Koalitionsvertrag dazu formuliert:

„Sofern es eine breit getragene Initiative aus der Region zur Entwicklung des Nationalparks Wattenmeer als Weltnaturerbe geben wird, wollen wir diese fördern, die einzigartige Tier- und Pflanzenwelt schützen, eine nachhaltige Regionalentwicklung an der Küste und auf den Halligen unterstützen. Einzigartige Naturerlebnisse sind Wirtschaftsgrundlage und gleichzeitig Auftrag zum Erhalt dieses Lebensraumes. Vereinbarungen über grenzüberschreitenden Naturschutz, Schiffssicherheit und EU-weites Verbot der Gammelfischerei sind notwendige Beiträge zum Erhalt des Wattenmeeres.“

Dazu sollten wir auch gemeinsam stehen.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege, es wäre schön, wenn die Dithmarscher nicht nur weiter, sondern auch schneller wären. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Heiterkeit und Beifall)

Detlef Buder [SPD]:

Herr Präsident, natürlich könnte man das auch schneller redend abhandeln, dann würde aber vielleicht einiges von dem Inhalt verloren gehen. Das möchte ich nicht. Deshalb komme ich zum Schluss. - Folgende Themen werden uns begleiten: Umsetzung von EU-Richtlinien, Küstenschutz, Schifffahrt und Schiffssicherheit, Kultur und Landschaft sowie die internationale Wattenmeerschule. Eines möchte ich für alle in Erinnerung rufen: In der Regierungsaussage zum zehnten Treffen ist insbesondere hervorgehoben worden - und das ist für die Küstenrainer wichtig -, dass wir ein Augenmerk auf eine angemessene Notfallschlepper- und Schadenunfallsbekämpfungskapazität an der Küste legen sollten. Dafür haben alle gemeinsam zu sorgen und wir müssen unsere politischen parlamentarischen Vertreter in Berlin dazu bewegen, dort endlich voranzukommen.

(Vereinzelter Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Kollegen Günther Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bernstein, auch ich möchte Sie - was den Grundtenor meines Beitrages angeht - nicht enttäuschen. Die **trilaterale Zusammenarbeit** der Niederlande, Deutschlands und Dänemarks beim Schutz des gemeinsamen Naturraumes **Wattenmeer** ist ohne Frage ein besonders gelungenes Beispiel für grenzüberschreitenden Naturschutz. Und ohne Frage hat das allgemeine Verständnis des Wattenmeeres als gemeinsamer Naturraum dazu beigetragen, dass es heute in allen Anrainerstaaten einen vergleichsweise hohen Schutz genießt und man beim Management der Schutzgebiete auch darauf achtet, was der jeweilige Nachbar macht.

Auch die FDP hatte sich frühzeitig für die Kooperation zum Schutz des Wattenmeeres ausgesprochen. An dieser Sichtweise hat sich grundsätzlich nichts geändert. Nach wie vor gehören wir zu den erklärten Befürwortern der Wattenmeerzusammenarbeit.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Hans-Jörn Arp [CDU])

Der Bericht gibt die Entwicklung dieser Zusammenarbeit bis zur jüngsten Trilateralen Regierungskonferenz in den Niederlanden ebenso wie die zugrunde liegenden Strukturen übersichtlich wieder. Mein Dank dafür geht zunächst an alle Mitarbeite-

(Günther Hildebrand)

rinnen und Mitarbeitern im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.

Bei aller Begeisterung für die Zusammenarbeit hätte ich mir allerdings auch gewünscht, dass insbesondere die Darstellung der ausgewählten Projekte konkreter, vielleicht sogar etwas kritischer ausgefallen wäre. Beispiel Schifffahrt und Schiffssicherheit: Es gibt nicht nur einen gemeinsamen Naturraum Wattenmeer, sondern auch einen gemeinsamen **Schifffahrtsraum** davor und dazwischen. Daher ist es ein großer Erfolg, dass 2002 die Anerkennung des Wattenmeeres als besonders empfindliches Meeresgebiet durch die Internationale Seeschifffahrtsorganisation erfolgt ist.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Doch damit ist nur der erste Schritt getan worden. Beinahe wichtiger ist es, inwieweit die sich daraus ergebenden Vereinbarungen und Empfehlungen auch umgesetzt werden. Diese Frage ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil es sich bei den Beschlüssen der Regierungskonferenzen zum Schutz des Wattenmeeres nur um politische Absichtserklärungen handelt, sie also ohne völkerrechtliche Verbindlichkeit sind. Der Wert der Zielsetzungen in der Wattenmeerzusammenarbeit ist deshalb stets erst nach ihrer Umsetzung zu ermitteln.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Leider enthält der Bericht dazu kaum weitere Informationen. Sie lassen sich erst über die - das gebe ich gern zu - als Internet-Adresse angegebene Lektüre der Erklärung von Schiermonnikoog ermitteln. Entsprechendes ergibt sich für den immerhin als Schwerpunkt der Ministererklärung genannten Bereich der Offshore-Windkraft. Der Bericht weist zwar auf die gemeinsamen Auffassungen zur weiteren Entwicklung bei der Offshore-Windenergie hin, welche das aber sind, welche Planungen dazu in Schleswig-Holstein existieren, bleibt ohne Ausführungen.

Aussagekräftiger sind dagegen die Informationen zur Anmeldung des Wattenmeeres als **Weltnaturerbe**. Das Wattenmeer als weltweit einzigartiger Naturraum besitzt diesen Wert zweifelsohne. Insofern ist es nur folgerichtig, wenn Deutschland und die Niederlande nunmehr mit der Vorbereitung des Anmeldeverfahrens für einen größeren Teil des Wattenmeeres beginnen. Aber: Selbst in der Erklärung von Schiermonnikoog wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass „dieses Ziel nur in Zusammenarbeit mit den Menschen erreicht werden kann, die in

dem Gebiet leben, arbeiten oder sich erholen und bereit sind, seinen Schutz zu unterstützen“.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich hätte mir deshalb gewünscht, dass dieser Aspekt auch in dem Bericht der Landesregierung mehr Beachtung gefunden hätte. Uns allen ist doch das Misstrauen bekannt, das an der Westküste gegenüber einer Wattenmeerregion als **Weltnaturerbe** bestanden hat beziehungsweise teilweise auch noch besteht. Der bloße Hinweis, dass es in „Übereinstimmung mit der Politik der Landesregierung keine Vorschläge für weitere Reglementierung“ geben werde, ist für mich deshalb zu wenig.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ohne Frage können sich mit der Anerkennung des Wattenmeeres als Welterbe weitere Chancen für den Tourismus ergeben. Aber wie sieht es mit den Chancen im Bereich der Landwirtschaft oder der Fischerei aus? Ich hoffe sehr, dass wir dazu im Ausschuss weitere Informationen erhalten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Trilaterale Wattenmeerkonferenz ist eine einzigartige Erfolgsstory der europäischen Naturschutzarbeit. Auch dem stimme ich zu. Insofern sind wir uns in dieser Frage tatsächlich einig - was wir nicht immer waren.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gute Vorarbeit!)

Nun ist nicht zu übersehen, dass dieses Projekt von der Höhe des historischen Vorhabens im Mühsal der Alltagsebene angekommen ist. Insbesondere die Haltung Dänemarks wirft mittlerweile einige Probleme auf. Aber es gibt auch noch andere Fragen, die zu klären sind.

Kommen wir zum **Weltnaturerbe**. Ich freue mich besonders, dass Herr Bernstein feststellt, dass wir uns in dieser Frage einig sind. Das war lange Zeit nicht so. Gerade die wackeren Kämpfer gegen das Weltnaturerbe stammen nun nicht aus meiner Partei.

(Karl-Martin Hentschel)

Eine besondere Rolle spielt wieder einmal Landrat Bastian, der dafür bekannt ist, erst einmal alles Neue, was nach Nordfriesland kommt, mit einem Bann zu versehen.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Das ist falsch!
Das ist definitiv falsch!)

Ich fand es schon erfrischend, wie die neue Geschäftsführerin des Nordseebäderverbandes am „Pallas“-Gedenktag in Husum den versammelten Nordfriesen ins Gewissen redete und den Naturschutz einschließlich des Nationalparks aus Tourismussicht als das wichtigste Werbeargument für Nordfriesland dargestellt hat. Mich wunderte es, dass im Saal die Bodenbalken hielten, so sehr spürte man bei einigen hart gesottenen Kämpfern gegen den Nationalpark die Scham, im Boden zu versinken.

Meine Damen und Herren, ich habe mit Spannung beobachtet, wie die Debatte nach dem Regierungswechsel verlaufen ist. Ich muss sagen: Sie ist sehr befriedigend verlaufen. Die Haltung, die die Landesregierung zur **Trilateralen Wattenmeerkonferenz** einnimmt, freut mich. Sie bestätigt die Gedanken, Vorarbeiten und das große Engagement von vielen Naturschützern in den vergangenen Jahren - man kann fast sagen Jahrzehnten -, die zu diesen Ergebnissen geführt haben. Ich freue mich, dass Dinge, die früher sehr kontrovers waren, mittlerweile von der CDU mitgetragen werden. Das ist ein großer Fortschritt.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen kann ich die Landesregierung nur ermutigen, in ihren Bemühungen für dieses großartige Projekt nicht zu erlahmen.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zur **Verwaltungsstrukturreform**. Es gibt tatsächlich einige Politikoryphäen, die die Zuständigkeit für unseren Nationalpark kommunalisieren wollen. Ich weiß nicht, wie der aktuelle Stand ist. Der Staatssekretär war ja immer noch nicht in der Lage, Ergebnisse dazu zu liefern. Wie ich höre, soll eine Lösung gefunden sein, die nicht reine Kommunalisierung bedeutet. Ich bin gespannt, was dabei herauskommt. Wir werden uns kritisch damit auseinander setzen.

Ich hätte es auch für ein Stück aus dem Tollhaus gehalten, wenn in Zukunft bei uns Außenpolitik auf Kreisebene angesiedelt würde und die Verhandlungen über die Trilaterale Wattenmeerkonferenz von den Kreistagen geführt würden. Ich habe mir so schön vorgestellt, wie die Königinnen der Niederlande und Dänemarks mit Landrat Bastian an einem

Tisch sitzen und mit ihm einen netten Tischherrn haben.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hätte das gut gefunden!)

- Das glaube ich auch. Er hätte das bestimmt gut gefunden. Vielleicht ist das auch der geheime Grund dafür, dass er den Nationalpark kommunalisieren will.

Ich hoffe, dass wir hier zu einem guten Ergebnis kommen, und hoffe, dass wir auch bei anderen Fragen, in denen wir uns - gerade an der Nordseeküste - noch nicht einig sind, zu einer Einigung kommen.

Ich beobachte seit Jahren immer wieder etwas Ähnliches, wenn etwas Neues entsteht. Die Diskussion wird übrigens nicht nur vonseiten der Grünen geführt; ich erinnere mich an die Gründung des Nationalparks zu CDU-Zeiten. Dann bricht vor Ort erst einmal ein Aufstand los. Anschließend wird erzählt, man müsse besser kommunizieren. Nach einer gewissen Zeit tritt der Gewöhnungseffekt ein. Hinterher sind 80 % dafür und sagen: Es ist etwas ganz Tolles, dass wir einen Nationalpark haben; das ist unheimlich gut für den Tourismus. - Ich denke, das wird auch mit dem WeltNaturerbe eines Tages so sein. Ich denke, das wird eines Tages auch so mit den Vogelschutzgebieten an der Nordsee sein. Insofern werden wir uns eines Tages einig sein. Auf diesen Zeitpunkt freue ich mich.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden, und zwar an den Umwelt- und Agrarausschuss.

(Lars Harms [SSW]: Und an den Wirtschaftsausschuss!)

- Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/418 dem Umwelt- und Agrarausschuss sowie dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich schlage vor, vor dem letzten Tagesordnungspunkt die beiden Tagesordnungspunkte ohne Aussprache aufzurufen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Schutz vor überhöhten Energiekosten

(Präsident Martin Kayenburg)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/419

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden, und zwar an den Wirtschaftsausschuss und an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Betriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken - Prioritäten setzen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/322

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 16/434

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung Drucksache 16/322. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Soeben hat uns die Nachricht erreicht, dass heute Morgen um 8:30 Uhr der frühere Bundespräsident Johannes Rau verstorben ist. Johannes Rau war seit längerem krank, hat nach seiner Amtszeit zwei Operationen über sich ergehen lassen müssen und ist heute Morgen für immer von uns gegangen.

Aber seine Leistung, das, was er für Deutschland getan hat, wird uns für immer in Erinnerung bleiben. Ihn zeichnete eine Geradlinigkeit aus, Besonnenheit, mit der er sehr gewissenhaft alle Probleme dieses Landes angegangen ist. Er war ein wegweisender Mensch für unser Land und ist uns allen ein großes Vorbild. Er war ein Mahner in schwieriger Zeit. Seine Leistungen für unser Land sind kaum hoch genug zu würdigen. Johannes Rau hat sich um Deutschland verdient gemacht. - Ich bitte, dem Verstorbenen ein kurzes Gebet zu widmen.

- Sie haben sich zu Ehren des verstorbenen Bundespräsidenten Johannes Rau von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 34 auf:

„Gemeinsame Servicestellen“ gemäß SGB IX

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/494

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße ich die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, Frau Wille-Handels, auf der Tribüne. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht, das Wort.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich lege heute den in der 11. Sitzung des Landtages von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderten Bericht zu den Gemeinsamen Servicestellen für Rehabilitation vor.

Mit der Einrichtung der **Gemeinsamen Servicestellen** verfolgte der Gesetzgeber das Ziel, die verschiedenen Leistungsgesetze in Zusammenhang mit der Reha zu verklammern. Die Gemeinsamen Servicestellen sollten orts- und bürgernah sein. Sie sollten flächendeckend sein und eine optimale Beratung von Menschen mit Behinderung und ihrer Angehörigen ermöglichen. Diese sinnvolle Aufgabe wurde den Rehabilitationsträgern übertragen, die eine Servicestruktur aufbauten.

In Schleswig-Holstein hat sich die Deutsche Rentenversicherung Nord nach dem Inkrafttreten des § 11 bereit erklärt, die Federführung für einen **flächendeckenden Aufbau** der Servicestellen einschließlich der Organisation der Fortbildung zu übernehmen. Der flächendeckende Aufbau wurde nach meiner Bewertung mit 18 Stellen - GS genannt - erreicht. In den GS arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Reha-Träger, der Träger der Servicestelle ist. Auch die Barrierefreiheit wurde sichergestellt. Im Zeitraum vom 1. Januar 2003 bis 30. September 2005, also in einem Zeitraum von 33 Monaten, sind in den 18 aufgebauten GS in Schleswig-Holstein 927 Ratsuchende betreut worden. Das ist eine bemerkenswert **geringe Nachfrage**.

Auf die Hälfte der GS entfielen nicht mehr als 13 Beratungsfälle pro Jahr. Daraus ergibt sich ganz

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

zweifelsfrei ein Handlungsbedarf für die Aufgabenträger.

Ich habe in einem Schreiben an die **Deutsche Rentenversicherung Nord** gebeten, dass verschiedene Dinge auf den Weg gebracht werden. Erstens muss die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert werden. Die Einrichtungen müssen stärker bekannt gemacht werden. Weiter habe ich die unregelmäßigen und unterschiedlichen Öffnungszeiten der Servicestellen angesprochen, die auch ein möglicher Grund für die zu geringe Inanspruchnahme sein können. Wünschenswert erscheint mir außerdem, dass alle Reha-Träger verbindlich die Art und Weise ihres Zusammenwirkens unter der Zielsetzung der Hilfestellung aus einer Hand vereinbaren. Das ist der Schlüssel zu diesem Thema.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich würde es sehr begrüßen und halte es für unabdingbar, dass die Rentenversicherung Nord als Koordinierungsstelle für alle Servicestellen eine Kooperationsvereinbarung entwickelt und die beteiligten Träger zur Mitarbeit bewegt. In diesem Sinne habe ich mein Schreiben an die Rentenversicherung Nord verfasst.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hält die Gemeinsamen Servicestellen angesichts des komplexen Reha-Rechts für notwendige und sinnvolle Einrichtungen, an denen der Gesetzgeber zumindest zunächst festhalten sollte.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zu diesem Ergebnis kommt auch der Ihnen vorgelegte Bericht; denn der Gedanke der Koordinierung und der Leistungserbringung aus einer Hand hat nach wie vor unvermindert Bedeutung. Insofern teile ich die Auffassung der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten und des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, dass die Gemeinsamen Servicestellen notwendige und wichtige Einrichtungen zur Verwirklichung von Leistungsansprüchen sind. Wir nehmen die Kritik aus den Tätigkeitsberichten unserer Landesbeauftragten ernst.

Die Landesregierung - dies sage ich zu - wird darauf dringen, dass die Rehabilitationsträger im Rahmen ihrer Selbstverwaltung die Arbeit der GS laufend optimieren. Ich glaube, die Gemeinsamen Servicestellen haben noch viel Verbesserungspotenzial, um es vornehm zu formulieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Sie müssen richtig in die Puschen kommen. Wir bleiben im Gespräch mit den Rehabilitationsträgern und werden die weitere Entwicklung der Gemeinsamen Servicestellen in dem von mir dargestellten Sinne aufmerksam verfolgen. Das Thema bleibt also auf der Agenda..

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollegin Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht der Landesregierung zeigt: Es ist wichtig, dass wir uns mit der Arbeit der Gemeinsamen Servicestellen nach dem SGB IX beschäftigen. Ich glaube, wir sind uns einig, dieser Bericht war notwendig, und eine Evaluation der bisherigen Arbeit ist überfällig. Nur so können Zielsetzung und Zielerreichung in Übereinstimmung gebracht werden.

Ich möchte mich bei der Landesregierung für diesen ehrlichen Bericht bedanken - ein Bericht, der gründlich und gewissenhaft darauf eingeht, wie die Praxis in Schleswig-Holstein aussieht und wo die Probleme der Beratungsstellen liegen. Die Landesregierung redet die Situation nicht schön, sondern benennt, wo Nachbesserungsbedarf besteht. Die Ministerin hat es eben auch noch einmal erläutert.

Ich habe die Beratungsstellen in Norderstedt und Rendsburg besucht und in den Gesprächen vor Ort festgestellt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr engagiert und motiviert sind. Sie versuchen, dass neue Konstrukt Servicestelle mit Leben zu erfüllen, und sie versuchen, den Rat suchenden Menschen zu helfen und Mittler zwischen den verschiedenen Reha-Trägern zu sein.

Auch wenn sich die Servicestellen bemühen, es gelingt meistens nicht, **Zuständigkeitsgrenzen** zu durchbrechen oder die Kommunen zu bewegen, eine notwendige Leistung zu bewilligen. Auch ist es nicht gelungen, die Servicestellen als **übergeordnete Anlaufstellen** für Menschen mit Behinderung zu etablieren. Sie sind zu wenig bekannt. Ihnen wird eine neutrale und kompetente Beratung zum Teil auch nicht zugetraut. Teilweise haben Menschen mit Behinderung bereits andere Anlaufstellen, denen sie mehr vertrauen. So erklären sich un-

(Monika Heinold)

ter anderem die geringen Anlaufzahlen. Die Servicestelle in Norderstedt setzt inzwischen erfolgreich darauf, selbst nach außen zu gehen und offensiv zu werben. Vorträge bei Behindertenorganisationen münden fast immer in persönliche Gespräche und so kann Hilfebedarf aufgearbeitet werden.

Und dennoch: Der vorliegende Bericht bestätigt die Erfahrung der Bürgerbeauftragten und des Behindertenbeauftragten und die Auswertung des Bundes. Die Gemeinsamen Servicestellen erfüllen bisher nicht die Erwartungen, die der Gesetzgeber an sie gehabt hat. Wir müssen etwas tun, um Anspruch und Wirklichkeit des Gesetzes in Übereinstimmung zu bringen. Denn der Anspruch des SGB IX ist richtig: Schluss mit dem Schieben von Zuständigkeiten auf dem Rücken der anspruchsberechtigten Menschen, Gewährleistung von umfassender Beratung und Information aus einer Hand, an einem Ort, und zügige Antragsbearbeitung und Leistungsgewährung.

Aus dem Bericht und aus meinen Erfahrungen vor Ort möchte ich zumindest teilweise ableiten, was getan werden muss. Der Bericht der Landesregierung formuliert diese Ansatzpunkte ähnlich. Die **Öffentlichkeitsarbeit** muss offensiver gestaltet werden. **Multiplikatoren** müssen angesprochen werden. Die **Kooperation** zwischen den unterschiedlichen Reha-Trägern muss intensiviert und auf verbindliche Füße gestellt werden. Schriftliche Vereinbarungen können hier ein gutes und wichtiges Instrument sein. Der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit Behinderteneinrichtungen und Verbänden muss weiter vorangetrieben werden. Hierbei kann der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung unterstützende Arbeit leisten. Fortbildung und Schulung müssen kontinuierlich weitergeführt werden und mit dem aktuellen Bedarf entsprechend abgestimmt werden.

Abschließend möchte ich mich nicht nur bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für den Bericht bedanken, sondern insbesondere bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Servicestellen, die mit Engagement versuchen, das umzusetzen, was der Bund in das Gesetz hineingeschrieben hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich Frau Abgeordneter Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bei der Landesregierung für diesen offenen, ehrlichen und sachlichen Bericht über die Servicestellen bedanken, der jetzt vorliegt.

Mit der Einrichtung von Servicestellen sollte eine sinnvolle Anlaufstelle geschaffen werden, um Menschen mit Behinderung Hilfeleistungen aus einer Hand bieten zu können. Die Servicestellen sollen bessere Voraussetzungen schaffen, um medizinische, berufliche und soziale Teilhabeleistungen zeitnah und wirkungsvoll zu erbringen. Auftrag der Servicestellen ist es, die Leistungen des Rehabilitationssystems entsprechend dem Bedarf des Einzelnen zu koordinieren, also Teilhabeleistungen aus einem Guss zu erbringen und somit den gesamten Bereich der Rehabilitation und der Teilhabe bürgerlich und möglichst zügig ohne lange Wartezeiten erbringen zu können.

Vor dem Hintergrund des Zuständigkeitsdschungels, den wir in diesem Bereich haben, ist diese Einrichtung sinnvoll und nur zu begrüßen. Seit 2003 gibt es in Schleswig-Holstein 18 dieser Gemeinsamen Servicestellen.

Meine Damen und Herren, Barrierefreiheit ist für Menschen mit Behinderung das A und O im Leben. Daher ist es sehr erfreulich, dass man dem vorliegenden Bericht entnehmen kann, dass alle Servicestellen inzwischen barrierefrei zu erreichen sind; das ist eine Grundvoraussetzung, um **Hilfeleistungen aus einer Hand** überhaupt gewähren zu können.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus gibt es noch viel zu tun, wenn die Servicestellen ihren Aufgaben gerecht werden wollen. Das Ergebnis nach dreijähriger Tätigkeit ist eher ernüchternd als zukunftsweisend. Schaut man sich die Zahl der Beratungen an, so muss man feststellen, dass die einzelnen Servicestellen in höchst unterschiedlicher Art und Weise in Anspruch genommen werden. Von null Beratungen in Schleswig bis zu 133 Beratungen in Rendsburg. Auch das ist nicht besonders viel. Da nicht davon auszugehen ist, dass sich in Schleswig keine Menschen mit Behinderung oder mit Rehabilitationsbedarf befinden, muss es andere Gründe geben, warum Servicestellen so unterschiedlich angenommen werden. Einer der Kritikpunkte der Behindertenverbände ist der Zweifel an der Kompetenz der Mitarbeiter.

Den jeweiligen individuellen Rehabilitationsbedarf einschätzen und ihm entsprechen zu können, setzt

(Heike Franzen)

eine umfassende Ausbildung und Vernetzung der Beratenden voraus, ebenso wie eine umfängliche Kooperation der Rehabilitationsträger. Diese Voraussetzungen scheinen an den unterschiedlichen Standorten in unterschiedlicher Weise vorhanden zu sein. Hier sieht die Landesregierung Handlungsbedarf und will an die federführende Deutsche Rentenversicherung Nord herantreten, damit dort **Kooperationsvereinbarungen** entwickelt werden. Die Träger sind aufgefordert, solche Vereinbarungen verbindlich abzuschließen.

Ebenso will die Landesregierung die Rehabilitationsträger bitten, sich im Rahmen ihrer Selbstverwaltung weiterhin um die **Vernetzung** und Kooperation der Servicestellen zu bemühen. Dabei sollen insbesondere die Bürgerberatungsstellen und das Fachwissen der Behindertenorganisationen stärker einbezogen werden, die Arbeit der Servicestellen mit anderen Beratungsangeboten verknüpft werden, die fachliche Kompetenz aller Rehabilitationsträger in die Servicestellen einbezogen werden, Sprechtagge unter Einbeziehung aller Rehabilitationsträger organisiert und die Kontakte zu den betroffenen Verbänden verstärkt werden.

Dieses Vorgehen ist zu begrüßen und wird von der CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich unterstützt. Dennoch bleibt zu hinterfragen, wo die Gründe für die **unterschiedliche Inanspruchnahme** der Servicestellen liegen. Ist es die mangelnde Kenntnis über das Vorhandensein der Servicestellen? Oder ist es vielleicht auch die Scheu der Menschen, diese Stellen aufzusuchen? Mangelt es tatsächlich an der Kompetenz der Mitarbeiter? Wie hoch ist das Interesse der Rehabilitationsträger am Vorhalten von Servicestellen?

Der Bericht sieht vor, diese Frage bundesweit zu evaluieren und zu einem Schwerpunkt des Berichts der Rehabilitationsträger nach § 24 SGB IX zu machen. Der nächste Bericht ist für 2007 vorgesehen.

Meine Damen und Herren, in Anbetracht dessen, dass gerade bei Rehabilitationsmaßnahmen eine schnelle und gute Beratung und eine zeitnahe Maßnahme ausschlaggebend für den Erfolg der Maßnahme sind, schlage ich Ihnen vor, im Rahmen des behindertenpolitischen Gesamtkonzeptes diese Frage für Schleswig-Holstein gleich mit zu klären, um die längst überfälligen Hilfeleistungen aus einer Hand bürgernah und zeitnah in Schleswig-Holstein anbieten zu können.

(Beifall im ganzen Haus)

Für die weitere Beratung beantrage ich für die CDU-Fraktion die Überweisung des Berichtes in den Sozialausschuss.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Sozialgesetzbuch IX soll der rechtzeitige und bedarfsgerechte Zugang zu Teilhabeleistungen gesichert werden. Für Menschen mit Behinderung soll die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ermöglicht und die Selbstbestimmung und Gleichstellung gefördert werden.

Ein wesentlicher Baustein im SGB IX zur Umsetzung dieser Ziele war die Einrichtung der Gemeinsamen Servicestellen. Sie sollten die Koordination der unterschiedlichen Maßnahmen verbessern. Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe sollen behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen dadurch erleichtert werden, dass man trägerübergreifend wirkungsvoll und wirtschaftlich Leistungen gewährt. Dabei sollen die Gemeinsamen Servicestellen dazu beitragen, Zuständigkeitsfragen zu klären, im Antragsverfahren die Betroffenen zu unterstützen und bei schwierigen Abgrenzungsproblematiken zwischen den unterschiedlichen Rehabilitationsträgern vermittelnd zu helfen.

Im Bericht der Bürgerbeauftragten für das Jahr 2004, den wir in den letzten Monaten im Landtag und auch vertiefend im Ausschuss beraten haben, wird deutlich eine kritische Haltung zur Arbeit und Wirksamkeit der Gemeinsamen Servicestellen angenommen. Dort heißt es:

„Mit Inkrafttreten des SGB IX sollten die gesetzlichen und strukturellen Voraussetzungen zu einer besseren Teilhabe von behinderten Menschen am Leben und der Gesellschaft geschaffen werden. Bis jetzt ist nicht erkennbar, dass das tatsächliche Handeln der Servicestellen dazu beiträgt.“

Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass uns die Landesregierung einen Bericht über die Tätigkeit der Gemeinsamen Servicestellen gemäß SGB IX in Schleswig-Holstein vorgelegt hat. Neben diesem kurzen, auf Schleswig-Holstein bezogenen informativen und die Realität abbildenden Bericht der Landesregierung gibt es aber auch einen Bericht „Einrichtung und Arbeitsweise Gemeinsamer Servicestellen für Rehabilitation“ vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik aus dem Jahre 2004. Dieser fast 200 Seiten starke Bericht zeigt

(Wolfgang Baasch)

auf, welche Faktoren wirken müssen, damit die Gemeinsamen Servicestellen effektiv und erfolgreich für die Menschen mit Behinderung eintreten können.

Dazu gehört die Zusammenarbeit und **Kooperation** der verschiedenen Rehabilitationsträger. Es gehört weiter die **Schulung** und die Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger mit dem Landesbehindertenbeauftragten sowie den Behindertenverbänden dazu. Es wird weiter aufgelistet, dass eine gezielte Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Servicestellen notwendig ist und wegen der Komplexität der Beratungen Teamarbeit und regelmäßige Fallbesprechungen die Qualität der Beratungen erhöhen. Aber auch ein **einheitliches Aufgabenprofil** aller Servicestellen in der Region und eine eigene **Öffentlichkeitsarbeit** der Servicestellen können den Bekanntheitsgrad steigern und die Voraussetzungen für eine effiziente und erfolgreiche Arbeit geben.

Mein Fazit aus dem Bericht der Landesregierung lautet: Information aus einer Hand für die Ratsuchenden und betroffenen Personen sind richtig und notwendig. Probleme und Begleitung von Personen im Antragsverfahren bei den unterschiedlichen Rehabilitationsträgern sind notwendig und müssen gestärkt werden. Dies sind die wesentlichen Aufgaben der Gemeinsamen Servicestellen. Sie sollen dazu dienen, den Anspruchsberechtigten dabei zu helfen, die notwendigen Leistungen zu erhalten. Mit dem Bericht über die Servicestellen nach dem Sozialgesetzbuch IX ist die Diskussion bei weitem nicht abgeschlossen. Wir sollten sie im Sozialausschuss fortsetzen und als Parlament dazu beitragen, dass die Servicestellen zu einer wirksamen und effizienten Einrichtung der Unterstützung von Menschen mit Behinderung werden.

(Beifall im ganzen Haus)

Es bleibt dabei: Wir müssen mit unserer Politik dazu beitragen, Barrieren und Benachteiligungen abzubauen und soziale Ausgrenzung zu reduzieren, und konsequent unseren Weg der Teilhabe und der sozialen Integration von Menschen mit Behinderung fortsetzen.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! § 23 SGB IX - große Erwartungen wurden daran geknüpft, es sollten unübersichtliche Strukturen und Hilfsangebote vereinheitlicht und das bestehende System durch eine bessere Kooperation der einzelnen Leistungsträger optimiert werden. Erwartet wurde die Hilfeleistung aus einer Hand, erhofft wurden kurze Wege und bessere Erreichbarkeit.

Mit einer zentralen Anlaufstelle sollten Ratsuchende eine einfache, schnelle, konkrete Hilfe bekommen und dadurch ein selbst bestimmtes Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht, zumindest vereinfacht werden. - So die Zielsetzungen des Gesetzgebers.

Drei Jahre nach Inkrafttreten des SGB IX müssen wir bedauerlicherweise feststellen, dass sich gerade diese Servicestellen in der Praxis als große Enttäuschung entpuppen. Das liegt nicht an den motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Servicestellen,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

vielmehr führten zunächst organisatorische und bauliche Probleme dazu, dass die Gemeinsamen Servicestellen zu wenig bekannt und durch unregelmäßige und unterschiedliche Öffnungszeiten einfach schlecht erreichbar waren. So ist es nicht verwunderlich, dass in manchen Fällen nicht einmal der Postbote die Beratungsstellen kannte.

(Günter Neugebauer [SPD]: Was?)

- Ja. Das konnten wir aus dem Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung nachlesen.

Zwar wurde der Zugang zu den Servicestellen mittlerweile barrierefrei gestaltet und entsprechend ausgeschrieben, doch sprechen solche Anlaufschwierigkeiten nicht gerade dafür, dass man sich zuvor vor Ort Gedanken über die Zielgruppe gemacht hatte, die angesprochen werden sollte.

(Beifall bei der FDP)

Im durchaus kritischen Bericht der Landesregierung - Frau Ministerin, da ist nichts schön geredet worden - werden zudem Probleme wie fehlendes Personal sowie fehlende Kooperation und Koordination zwischen den Trägern genannt. Somit werden im vorgelegten Bericht die von der Bürgerbeauftragten und dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung aufgezeigten Probleme durch die Landesregierung bestätigt. Hier haben wir den klassi-

(Dr. Heiner Garg)

schen Fall, dass vom Gesetzgeber ein bestimmtes Ziel gewollt wird, dies aber in der praktischen Umsetzung an Widrigkeiten scheitert.

Zwar steht mittlerweile der organisatorische Rahmen im Wesentlichen, doch gibt es im Alltag immer noch viel zu viele Reibungsverluste, um konkret kundenorientiert zu arbeiten oder arbeiten zu können. Dann darf man sich nicht wundern, dass in den letzten drei Jahren in allen schleswig-holsteinischen Servicestellen lediglich 927 Ratsuchende betreut worden sind. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch schlimmer ist, dass fast ein Viertel der Beratungsstellen lediglich fünf Beratungsfälle im Jahr vorzuweisen hat.

Einer der Gründe ist, dass sich die Ratsuchenden lieber an für sie bekannte Auskunftstellen wenden. Vor dem Hintergrund, den wir alle gerade geschildert haben, ist das nicht sonderlich verwunderlich.

Ein Grund dafür ist, dass die Betroffenen bei speziellen Fragen keine ausreichende oder befriedigende Antwort erhalten haben, da zwar Hilfe aus einer Hand, nicht aber unter einem Dach angeboten wird. Zu oft mussten die Mitarbeiter der Beratungsstellen vor Ort Betroffene vertrösten, da der dafür zuständige Spezialist gerade nicht vor Ort war und somit Anfragen nicht sofort oder befriedigend beantwortet werden konnten.

Man kann es den Ratsuchenden dann nicht verdenken, dass sie sich lieber an bereits bekannte Beratungsstellen der einzelnen Rehabilitationsträger und Behindertenorganisationen wenden, zumal diese in der Beratung auf die mitunter besonderen Bedürfnisse beispielsweise von Blinden, Gehörlosen und Menschen mit geistigen Behinderungen eher eingehen können.

Der Bericht ist deshalb eine gute **Problemanalyse** und somit die Ausgangsbasis dafür, gemeinsam mit den Rehabilitationsträgern die Arbeit der Gemeinsamen Servicestellen zu optimieren. Die von der Landesregierung selbst gesetzten Ziele zur künftigen Verbesserung der Beratungsleistungen sind hierbei ein guter Ansatz.

(Beifall bei der FDP)

Dabei ist es gut zu wissen, Frau Wille-Handels, dass sowohl Sie als Bürgerbeauftragte als auch der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung diesen Prozess weiterhin kritisch begleiten und dem Landtag regelmäßig nicht nur über die Umsetzung berichten werden, sondern - wie wir es von Ihnen gewohnt sind - es uns auch kritisch ins Stammbuch schreiben werden, wenn wir unsere Hausaufgaben hier nicht ordentlich erledigen.

Die Ankündigung der Landesregierung, dafür zu werben, die Arbeit der Servicestellen einer bundesweiten **Evaluierung** zu unterziehen, ist zwar richtig, aber - ich sage es ganz deutlich - noch wichtiger ist mir im Moment, dass die Arbeit der Servicestellen hier vor Ort in Schleswig-Holstein ordentlich funktioniert.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir haben aufgrund der ausführlichen Berichte durch die Bürgerbeauftragte und den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung bereits so viele Anhaltspunkte, dass gemeinsam mit allen Rehabilitationsträgern eine kundenorientierte Problemlösung erarbeitet werden kann.

Lassen Sie mich am Schluss den Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ganz ausdrücklich für den Berichts Antrag danken. Auf dieser Basis können wir im Sozialausschuss ordentlich weiterarbeiten. - Vielen Dank und ein schönes Wochenende.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als die Gesetzgebung für Menschen mit Behinderung vereinheitlicht und zusammengeführt wurde, war das die Geburtsstunde für die so genannten Gemeinsamen Servicestellen. Statt von Pontius zu Pilatus wegen Leistungen, Anträgen oder Rentenansprüchen laufen zu müssen, sollten zukünftig die Servicestellen alles aus einer Hand erledigen - so weit die Theorie der trägerunabhängigen Beratung an einem Ort.

Doch die Praxis sieht anders aus. Dr. Ulrich Hase hat als Landesbehindertenbeauftragter in seinem jüngsten Bericht auf die unzureichende Reichweite der Gemeinsamen Servicestellen hingewiesen; die Bürgerbeauftragte tat dies natürlich auch. Dankenswerterweise haben die Kollegen der grünen Fraktion die Anmerkungen vom April jetzt noch einmal in Erinnerung gerufen.

Die bereits seit mehreren Jahren tätigen Servicestellen sind weitgehend unbekannt. Was man nicht kennt, kann man natürlich auch nicht um Unterstützung bitten. Die Servicestellen führen ein Schattendasein. Der SSW möchte - wie alle anderen auch - diese Situation ändern.

(Lars Harms)

Ich habe mir mal den Spaß gemacht und im Archiv des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages nachgeschaut, wie oft über die Arbeit der Gemeinsamen Servicestellen berichtet worden ist: im letzten Jahr gerade ein Mal, und zwar über die Eröffnung der neuen Servicestelle in Bad Oldesloe. Dort ist die Welt also in Ordnung.

Tue Gutes und sprich darüber. - Solange die Servicestellen nicht offensiv die **Öffentlichkeit suchen**, wird sich an ihrer Unbekanntheit kaum etwas ändern.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde es begrüßen, wenn zumindest die Öffnungszeiten im regelmäßigen Terminteil der Zeitung auftauchen würden. Das wäre zumindest ein Anfang. Aber es muss auch darüber hinaus mehr über diese Stellen informiert werden. Hier sind die Träger der Stellen in der Verantwortung. Dann kommt die Kundschaft sicherlich auch. Denn es gibt genügend Betroffene, die die dort angebotenen Hilfestellungen dringend benötigen.

Vierorts gibt es Betroffene, die nicht wissen, an welche Träger oder Institutionen man sich wenden muss, um eine vernünftige Planung hinzubekommen, damit ihnen und vor allen Dingen auch ihren Angehörigen besser geholfen werden kann.

Und oft gibt es auch das Problem, dass man gar nicht weiß, welche Rechte man hat oder wie man diese Rechte einfordern kann. Es gibt also genügend Betätigungsfelder und genügend Bedarf. Deshalb gehen wir im ersten Moment auch davon aus, dass der mangelnde Bekanntheitsgrad der Servicestellen eine Hauptursache für die schlechte Freqüentierung ist. Einen Mangel an Arbeitsfeldern gibt es jedenfalls nicht.

Die Landesregierung und die Träger haben noch eine weitere Aufgabe. Zu allererst muss eine **Evaluation** geschehen: Warum wenden sich so wenig Menschen an die Servicestellen? - Kennt man die genauen Gründe, kann man eventuell bestehende Probleme leicht aus dem Weg räumen. Könnte es sein, dass die Konkurrenz der Träger für Rehabilitation der Arbeit der Gemeinsamen Servicestellen nicht gerade gut tut? Wer weist schon gerne auf die Konkurrenz hin, wenn es um die allgemeine übergreifende Beratung geht?

Da übernimmt man diese Funktion als Leistungserbringer möglicherweise doch lieber selbst, auch wenn damit keine Hilfe aus einem Gruß verbunden sein sollte; die wirtschaftlichen Zwänge könnten diese Vermutung durchaus zulassen. Solche Vermutungen kann man auf jeden Fall anstellen und

deshalb sollte dies auch ernsthaft untersucht werden.

Bei der Anhörung im Bundestag vor nunmehr anderthalb Jahren waren sich zwar alle einig, dass die Servicestellen zu selten genutzt würden, aber auch dort wurde über die Gründe nur spekuliert. Dabei liegen aus einigen Bundesländern sehr ermutigende Erfahrungen vor: In Brandenburg hat eine intensive **Konsultation** mit den **Behindertenverbänden** die Arbeit der Servicestellen nicht nur bekannter gemacht, sondern auch die Qualität der Beratung verbessert. Das könnte also auch für uns ein Weg sein.

Wir brauchen solide Antworten. Der SSW fordert die Landesregierung daher auf, noch in diesem Jahr die Arbeit der Servicestellen zu untersuchen und dann die Ergebnisse mit den Verbänden zu diskutieren; das können wir gern im Sozialausschuss tun. Nur so können zufrieden stellende Lösungen gefunden werden und die Nutzung der Servicestellen verbessert werden.

Bis dahin fordere ich die Servicestellen beziehungsweise die Rehabilitationsträger auf, die Öffentlichkeitsarbeit der Servicestellen zu intensivieren. Darüber hinaus muss den Leuten deutlich gemacht werden, dass die Servicestelle nicht nur für den eigenen Träger, sondern für alle Träger da ist. So soll bei den einzelnen Trägern, die nicht die Servicestelle tragen, ein bisschen die Hemmschwelle fallen, die Menschen für eine allgemeine Beratung zu diesen Servicestellen zu schicken; ich denke, das ist ein Problem.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/494, zur abschließenden Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich schließe damit die 9. Tagung des Landtages. Der Beginn der nächsten Tagung, der 10. Tagung, wird am 22. Februar 2006 um 10 Uhr sein. Ich wünsche allen Anwesenden ein schönes, erholsames und erbauendes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:08 Uhr